

Kaufmann, Stephan

Book

"Die Halbstarken von Athen" : fünf Jahre Euro-Krise - Irrtümer, Interessen und Profiteure

Provided in Cooperation with:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: Kaufmann, Stephan (2015). "Die Halbstarken von Athen" : fünf Jahre Euro-Krise - Irrtümer, Interessen und Profiteure. Redaktionsschluss: April 2015. Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/2037>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte. Alle auf diesem Vorblatt angegebenen Informationen einschließlich der Rechteinformationen (z.B. Nennung einer Creative Commons Lizenz) wurden automatisch generiert und müssen durch Nutzer:innen vor einer Nachnutzung sorgfältig überprüft werden. Die Lizenzangaben stammen aus Publikationsmetadaten und können Fehler oder Ungenauigkeiten enthalten.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence. All information provided on this publication cover sheet, including copyright details (e.g. indication of a Creative Commons license), was automatically generated and must be carefully reviewed by users prior to reuse. The license information is derived from publication metadata and may contain errors or inaccuracies.



Stephan Kaufmann

«DIE HALBSTARKEN VON ATHEN»

WAZ, 5.2.2015

FÜNF JAHRE EURO-KRISE – IRRTÜMER, INTERESSEN UND PROFITEURE

INHALT

Vorwort	3
Teil I: Syriza und der Aufstand gegen das Sparregime	4
Teil II: Mythen der Griechenland-Krise	23
Teil III: Der Wendepunkt 2011 – «Euro-Rettung» und ein neues Programm für Europa	31

AUTOR

Stephan Kaufmann ist Wirtschaftsjournalist,
unter anderem für die *Berliner Zeitung*.

VORWORT

Fünf Jahre «Griechenland-Rettung»: Im Frühjahr 2010 bewahrten die EU-Staaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) die griechische Regierung vor der Zahlungsunfähigkeit. Fünf Jahre und zwei Kreditprogramme später ist Griechenlands Wirtschaft ruiniert, die Bevölkerung verarmt und der Staat weiter zahlungsunfähig. In Athen ist seit Januar 2015 eine neue Regierung an der Macht, die sich gegen die Auflagen der Gläubigerinstitutionen wehrt. Die Kreditgeber – EU-Staaten und IWF – dagegen bestehen darauf, dass Griechenland die vereinbarten Auflagen einhält und weiter eisern spart. In den Gläubigerländern wird darüber gestritten, ob Griechenland weitere Kredite überhaupt verdient, ob sie nötig sind und wer dafür zahlen soll. In Deutschland herrscht die Meinung vor, Griechenland sei selbst schuld an seinem Elend: Erst habe sich das Land in die Euro-Zone gemogelt, dann habe die Regierung zu viel ausgegeben, und überhaupt hätten die Regierten zu wenig gearbeitet. Genährt werden solche latent nationalistischen Deutungsmuster von deutschen Politi-

kern und den Medien, die entsprechende «Lösungen» der Krise vorschlagen: Die Griechen müssten mehr sparen, mehr arbeiten und ihr öffentliches Eigentum verkaufen – und wenn das alles nichts hilft, müsse Griechenland eben raus aus der Euro-Zone. Das Dumme daran: Weder sind die genannten Ursachen der Krise zutreffend noch die Auswege zielführend.

Die vorliegende Broschüre widmet sich im ersten Teil der Lage seit dem Regierungsantritt von Syriza. Hier soll geklärt werden, was das Linksbündnis will, warum die Bundesregierung sich dagegen wehrt und wer welche Machtmittel auf seiner Seite hat. Im zweiten Teil wird ein Blick zurück auf die Ursachen der Griechenland- und Euro-Krise geworfen. Anhand der Kritik gängiger Mythen soll widerlegt werden, dass die «faulen» und «gierigen» Griechen selbst an der Misere schuld sind. Im dritten Teil schließlich wird anhand der «Euro-Rettung» das Programm skizziert, mit dem die Euro-Zone stabilisiert und in ein «Paradies der Gläubiger» (Mark Blyth) verwandelt werden soll.

TEIL I: SYRIZA UND DER AUFSTAND GEGEN DAS SPARREGIME

Im Zuge der globalen Finanzkrise ab 2008 geriet Griechenland unter den Druck der Finanzmärkte. Angesichts der – im Vergleich zu anderen Ländern – relativ hohen Staatsschulden galt das Land bei Investoren ab Herbst 2009 als unsichere Anlagesphäre. Folge: Für neue Kredite verlangten die Anleger immer höhere Zinsen von Athen. Da die steigenden Zinsen gleichzeitig die Lage Griechenlands verschlechterten, zogen die Zinsen noch mehr an. Ein Teufelskreis. Anfang 2010 sah sich die griechische Regierung nicht mehr in der Lage, neue Kredite an den Finanzmärkten aufzunehmen. Damit drohten eine Staatspleite und ein Zahlungsausfall bei griechischen Anleihen, in die auch französische und deutsche Banken stark investiert hatten. Um die Pleite zu verhindern und eine Ausbreitung der Krise auf andere Euro-Länder zu verhindern, sprangen EU, EU-Staaten und Internationaler Währungsfonds (IWF) ein: In den letzten vier Jahren gaben sie Griechenland Kredite über 230 Milliarden Euro. Im Gegenzug verlangten sie harte Sparmaßnahmen, die Entlassung Zehntausender Staatsangestellter, sogenannte Strukturreformen, Privatisierungen, die Senkung des Lohnniveaus, eine Schwächung der Gewerkschaften und so weiter. Griechenland folgte weitgehend den Forderungen. Im Ergebnis verschlimmerte sich die Krise.

Im Zuge der Neuwahlen Anfang 2015 kam das Linksbündnis Syriza in Athen an die Macht und forderte das europäische Establishment heraus. Es folgte weder der geltenen Kleiderordnung – Ministerpräsident und Finanzminister trugen keine Krawatten und steckten das Hemd nicht in die Hose – noch den Forderungen der Gläubiger. Syriza kritisierte die fortgesetzte Kürzung von Staatsausgaben und Löhnen, forderte Sozialprogramme, eine Abmilderung der Sparpolitik,

eine Überprüfung der Privatisierungspläne und einen Schuldenschnitt. Die Gläubiger lehnten das ab, vor allem die Bundesregierung zeigte sich unnachgiebig. Dem Regierungsantritt von Syriza folgte in Deutschland eine Medienkampagne gegen Griechenland: Das Wochenblatt *Die Zeit* nannte Ministerpräsident Alexis Tsipras einen Verführer, das Magazin *Der Spiegel* einen Geisterfahrer. Die griechische Regierung wolle «Europa ausnehmen wie eine Weihnachtsgans», war in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen, und die *Bild-Zeitung* wütete: «Die griechische Regierung ist ein Haufen durchgeknallter Polit-Anfänger. Ihr Grundsatz lautet: Wir wollen alles! Neues Geld und Schuldenschnitt. Sie bekommen gar nichts! Das hat der Rest Europas ihnen klargemacht. Andere Staaten haben sich krummgelegt – auch für die Griechen. Doch ihre Steuerzahler sind nicht mehr bereit, für die Handaufhalter in Athen auf ihren kleinen hart erarbeiteten Wohlstand zu verzichten.» Was ist dran an den Beschimpfungen – und was an den Forderungen von Syriza?

Warum Syriza einen Politikwechsel in Griechenland fordert

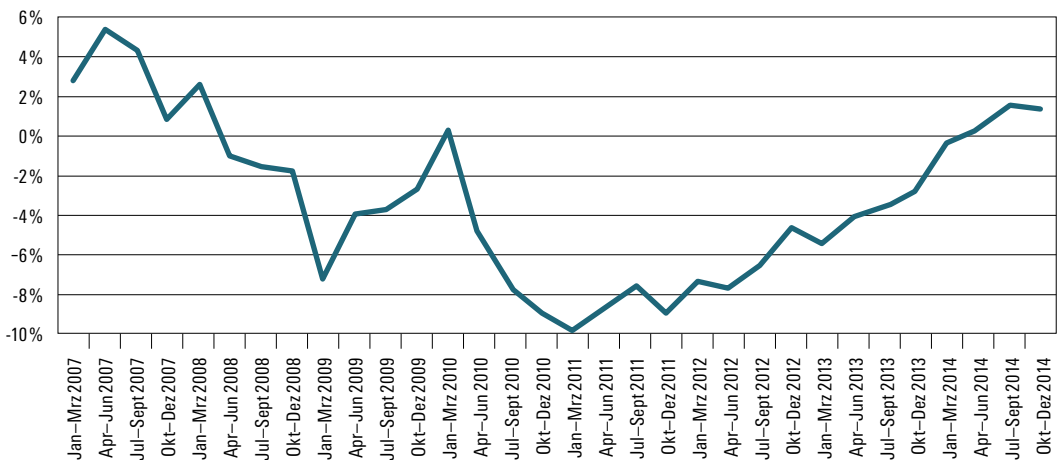
Griechenland hat in den vergangenen vier Jahren das härteste Sparprogramm verfolgt, das ein westlicher Staat in Friedenszeiten jemals aufgelegt hat. Die staatlichen Gehaltszahlungen gingen zwischen 2009 und 2013 um fast 30 Prozent zurück – von 31 auf 22 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen halbierten sich, die Sozialausgaben schrumpften innerhalb von nur vier Jahren um mehr als ein Viertel – und das mitten in einer Wirtschaftskrise, in der ein Staat eigentlich seine Ausgaben erhöhen muss-

te, um das Schrumpfen der Privatwirtschaft und die wachsende Armut aufzufangen. Das Haushaltsdefizit ist fast verschwunden, die Regierung macht kaum noch neue Schulden. Zudem sind durch die Arbeitsmarktreformen die Lohnstückkosten drastisch gesunken. So weit der «Erfolg». Der Preis: Die Wirtschaftsleistung ist um ein Viertel geringer als vor der Krise und den Sparprogrammen. Zum Vergleich: Die griechische Wirtschaft ist damit seit 2007 stärker geschrumpft als die Deutschlands in den sieben Jahren von 1913 bis 1920, also während des Ersten Weltkriegs und der Nachkriegskrise. Die inländische Nachfrage ist in Griechenland bis Ende 2014 um etwa 30 Prozent eingebrochen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Griechen sank von 14.000 Euro um ein Drittel auf 9.300 Euro. Griechenlands Staatskonsum ist um 40 Prozent zurückgegangen, die Unternehmensinvestitionen sanken um 70 Prozent. Ein Viertel der Griechen ist arbeitslos, zwei Drittel davon sind Langzeitarbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten. Jeder zweite Jugendliche sucht einen Job,

erwerbstätige Jugendliche sind zu 21 Prozent befristet und zu 26 Prozent in Teilzeit beschäftigt. Die Armutsquote lag 2013 offiziell bei 26 Prozent, wobei die Einkommensgrenze, ab der jemand als arm gilt, seit 2009 von 6.900 auf 5.000 Euro pro Jahr gesenkt worden ist. Immer mehr Menschen fehlen ausreichend Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Zugang zu ärztlicher Versorgung haben Millionen Griechen nun noch in Notfällen. Ein Viertel aller Athener Kinder geht hungrig zur Schule.¹ Doch hat alles Sparen nichts genützt: Trotz eines Schuldenerlasses von 100 Milliarden Euro sind die griechischen Staatsschulden weiter gestiegen. 2010 lagen sie bei 120 Prozent der Wirtschaftsleistung, Ende 2014 waren es fast 180 Prozent. All dies ist vor allem ein Ergebnis der Auflagen der EU und des IWF.²

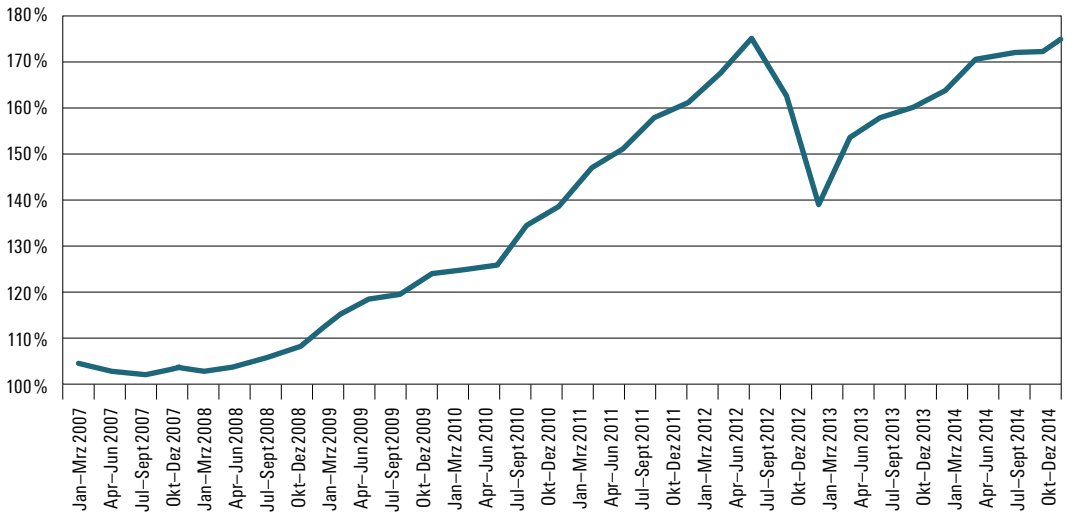
Wirtschaftskrise, soziale Katastrophe, steigende Schulden – vor diesem Hintergrund fordert Syriza einen Politikwechsel. Denn das Programm der Troika ist gescheitert, die Gläubiger haben permanent die Wirkungen der Sparpolitik unterschätzt. Das belegen die fal-

Abb. 1: Wirtschaftsentwicklung in Griechenland zwischen 2007 und 2014, je Quartal in Prozent



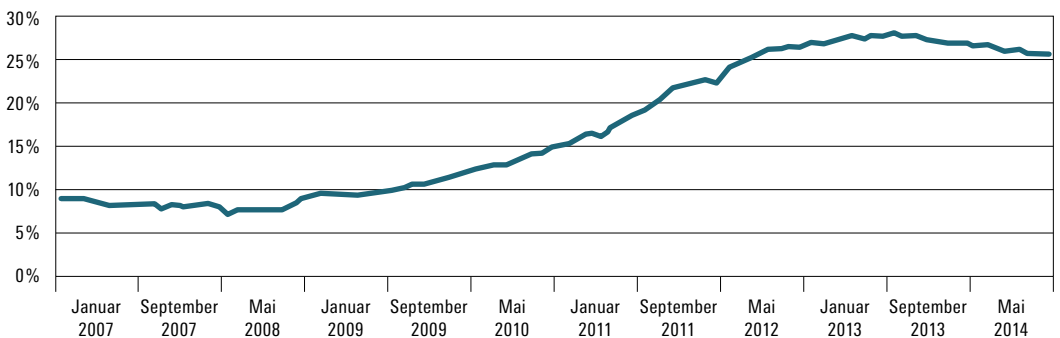
Quelle: euro-area-statistics

Abb. 2: Entwicklung der Schuldenquote zwischen 2007 und 2014, in Prozent der Wirtschaftsleistung



Quelle: euro-area-statistics

Abb. 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote zwischen Mai 2007 und 2014, in Prozent



Quelle: euro-area-statistics

schen Prognosen der Troika. Hier nur ein Beispiel: Im April 2011 sagte der IWF für 2011 ein Schrumpfen der griechischen Wirtschaft um drei Prozent voraus und für 2012 ein Wachstum von einem Prozent. Tatsächlich sank die Wirtschaftsleistung in beiden Jahren um jeweils sieben Prozent.

Warum Syriza die Sparauflagen für die nächsten Jahre ablehnt

Die Gläubiger-Troika forderte von Griechenland nach ursprünglichen Planungen einen sogenannten Primärüberschuss (Haushaltssaldo ohne Zinszahlungen) von 3,0 Prozent des

Bruttoinlandprodukts (BIP) für das Jahr 2015, von 4,6 Prozent für die Jahre 2016 und 2017 und von 4,2 Prozent für die Folgejahre. Das heißt: Ohne Zinszahlungen an die Gläubiger muss der Staatshaushalt einen Überschuss von mehr als vier Prozent des BIP aufweisen, und das in den nächsten 20 Jahren. Diesen permanenten Überschuss muss das ruinierte Griechenland allein für die Schuldenbedienung erzielen. Darüber hinaus soll es laut Troika-Plan weitere Kredite erhalten – und weitere Sparauflagen akzeptieren – ebenfalls um alte Schulden zu bedienen. Solch ein Arrangement lehnt Syriza ab. Das Bündnis will weniger sparen, um Geld frei zu machen für Sozialausgaben und die Förderung der griechischen Wirtschaft. «Es geht uns darum, die Sparauflagen abzumildern, um Griechenland wieder Luft zum Atmen zu geben. Nach geltender Vereinbarung muss Griechenland die nächsten Jahre hohe Überschüsse im Staatshaushalt erzie-

len und weitere Kredite aufnehmen. Und wozu dienen diese Überschüsse und neuen Kredite? Um die aufgelaufenen Schulden zu bedienen! Das ist ökonomischer Unsinn. Griechenland erhält Milliarden an Hilfen und spart sich kaputt, nur um einen Schuldenberg zu bedienen, der immer weiter wächst.»³

Was renommierte Ökonomen sagen

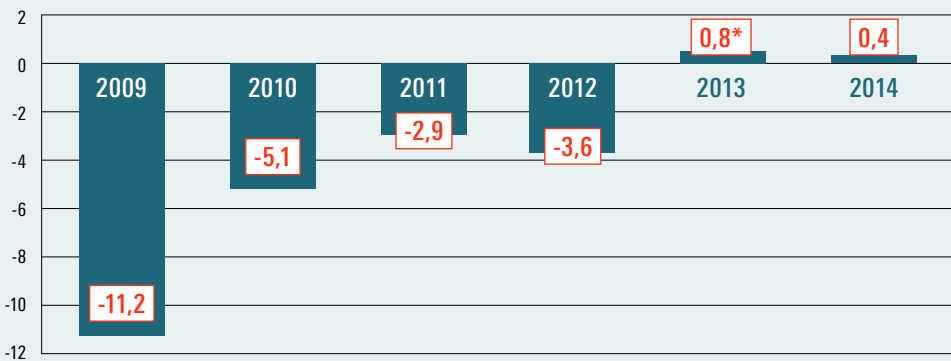
Nicht nur soziale und politische Bewegungen in ganz Europa kritisieren seit Langem die insbesondere von der deutschen Bundesregierung vorgegebene Strategie von «Sparbarkeit» und «Wettbewerbsfähigkeit». Auch in den Vereinigten Staaten herrscht vielfach Verwunderung: Die Strategie der EU sei ökonomischer Irrsinn, sagte Anfang Januar Joseph Stiglitz, Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften. Und der berühmte Ökonom und ebenfalls Nobelpreisträger Paul

Primärdefizit/-überschuss

Zieht man von den jährlichen Einnahmen einer Regierung die Ausgaben ab, ergibt sich ein Minus (Haushaltsdefizit), ein Plus (Haushaltsüberschuss), oder der Haushalt ist ausgeglichen (Einnahmen = Ausgaben). Ein

Haushaltsdefizit entspricht damit der Neuverschuldung eines Staates in einem Jahr. Zieht man von den Ausgaben die Zinsausgaben ab, erhält man den Primärsaldo = Einnahmen minus Ausgaben ohne Zinsen.

Primärsaldo Griechenlands in Prozent der Wirtschaftsleistung



*ohne Staatsausgaben zur Bankenstützung

Quelle: IWF, griechisches Finanzministerium

Krugman schrieb: «Es ist ja gar nicht so, dass Europa eine zwar harte, aber funktionierende Wirtschaftsstrategie hätte, die nur von griechischen Wählern bedroht wird. Tatsächlich ist Europa in einer Sackgasse. Wenn überhaupt, dann tun die Griechen Europa einen Gefallen, indem sie es wachrütteln.»⁴ Die Industrieländervereinigung OECD bezeichnete Europa als «das größte Risiko der Weltwirtschaft». Die hier zitierte ökonomische Elite kritisiert an der Griechenland-Politik der EU allerdings weniger die sozialen Folgen als die Wirkungen auf die Konjunktur, also die negativen Folgen für das wirtschaftliche Wachstum in Griechenland und Europa.

Wie das Wahlprogramm von Syriza aussah

Das Programm von Syriza hatte vier Kernpunkte:

1. Bekämpfung der humanitären Krise im Land. 300.000 arme Haushalte werden gratis mit Strom versorgt, Bedürftige erhalten Nahrungsmittelhilfe. Zudem wird die grassierende Obdachlosigkeit bekämpft. Wohnungslose erhalten eine staatliche Wohnungshilfe von drei Euro je Quadratmeter und dürfen in die vielen leerstehenden Wohnungen einziehen. Rentner, die weniger als 700 Euro haben, erhalten künftig 13 Renten pro Jahr anstatt zwölf – vor den Sparprogrammen waren es 14.
2. Problem der privaten Überschuldung: Viele griechische Haushalte haben im Zuge von Krise und Sparprogrammen hohe Schulden angehäuft. Nach Plänen von Syriza soll der Schuldendienst der privaten Haushalte künftig nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen. Alle Schulden, die darüber hinausgehen, werden eingefroren, bis der Haushalt seinen Schuldendienst wieder leisten kann. Die daraus resultierenden Verluste bei den kreditgebenden Banken will der Staat mit Mitteln aus dem Bankenstabilisierungsfonds kompensieren.

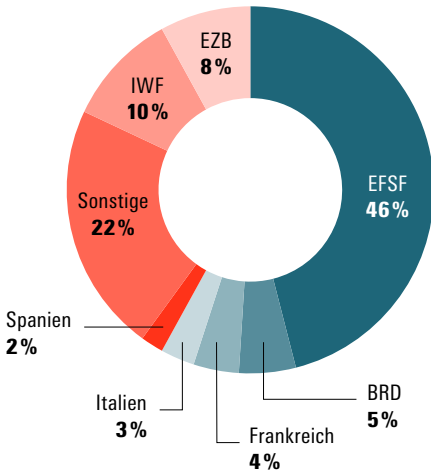
Dieser Fonds verfügt über Geld, das die EU Griechenland zur Stützung seiner Banken gegeben hat. Hier sind noch rund zehn Milliarden Euro übrig.

3. Reorganisation des Staates: Darunter fallen Maßnahmen wie die Verminderung der Ministerien von 18 auf zehn oder die Bekämpfung der Korruption und Steuerhinterziehung. Dafür sieht sich Syriza gut gerüstet. Denn die in den vergangenen Jahren schwache Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist vor allem den herrschenden Parteien geschuldet, die Griechenland schon seit Jahrzehnten regieren. Sie sind laut Syriza fester Bestandteil des Systems der Korruption und Vetternwirtschaft. Daher fehle der Wille, diese zu bekämpfen.
4. Wiederbelebung der Wirtschaft und Stärkung der Arbeitnehmerrechte: Der Rückgang der Löhne soll gestoppt werden, um die inländische Nachfrage zu erhöhen. Dafür wird der in der Krise gekürzte Mindestlohn wieder schrittweise von 586 auf 750 Euro pro Monat erhöht. Zudem werden die Gewerkschaften und das System der Flächentarifverträge gestärkt. Um die Lohnkosten zu senken, hatte die frühere Regierung die Lohnverhandlungen auf die Unternehmensebene verlagert, um so die Arbeitnehmer erpressbarer zu machen. Syriza verweist jedoch darauf, dass trotz deutlich gesunkener Löhne die Exporte Griechenlands nicht gestiegen sind: Ende 2014 lagen sie acht Prozent niedriger als 2008. Statt auf niedrige Löhne setzt das Bündnis auf eine Steigerung der Produktivität der griechischen Unternehmen durch höhere Investitionen, bessere Gesetze, weniger Bürokratie und Korruption.

Wie Syriza das Programm finanzieren wollte

Laut Berechnungen von Syriza kostet die Umsetzung eines solchen Programms im ersten Jahr zwölf Milliarden Euro. Drei Milliarden Eu-

Abb. 4: Anteile der Gläubiger an Griechenlands Staatsschulden



Stand: September 2014

Quelle: EZB, EFSF, griechisches Finanzministerium

ro sollten aus der Eintreibung von Steuerrückständen kommen, die auf 70 Milliarden Euro angestiegen sind, weitere drei Milliarden Euro aus der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Ölschmuggel – die aktuelle Regierung schätzt, dass dem Staat dadurch jährlich über zwölf Milliarden Euro entgehen. Weitere drei Milliarden Euro wollte Syriza aus dem EU-finanzierten Fonds für die Bankenstabilisierung nehmen und drei Milliarden aus EU- Struktur- und Investitionsfonds.

Warum Syriza einen Schuldenschnitt für Griechenland fordert

Griechenland hat von den internationalen Gläubigern in vier Jahren rund 230 Milliarden Euro an Krediten erhalten – soviel wie noch kein Land in so kurzer Zeit zuvor. Dazu kam ein Schuldenerlass von 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig ist die Staatsschuld von 120 auf fast 180 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen. Warum? Das zeigt das Design der «Hilfsprogramme» für Griechenland: Von den

rund 230 Milliarden Euro an staatlichen Krediten (Euro-Rettungsschirm EFSF: 142 Mrd. Euro; bilaterale Kredite von EU-Staaten: 53 Mrd. Euro; IWF: 24 Mrd. Euro) flossen lediglich rund zehn Prozent in den normalen Staatshaushalt – also in Gehälter, Pensionen, Sozialausgaben, Infrastruktur und so weiter. Der Rest ging mehr oder weniger für die Bedienung und Rückzahlung alter Schulden und in die Stützung des Finanzsektors.⁵

Im Gegenzug für die Kredite musste Griechenland Spar- und Reformauflagen erfüllen. Diese Auflagen würgten die Wirtschaft ab. Das Ergebnis: steigende Staatsschulden. Syriza forderte daher ursprünglich einen Schuldenerlass von rund 50 Prozent. Ohne diesen drohe Griechenland schon bald die erneute Pleite. Auch der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, plädierte dafür, Griechenland die Hälfte seiner Schulden zu erlassen.⁶ Dies träfe vor allem öffentliche Gläubiger: Fast 80 Prozent der griechischen Schulden liegen heute bei der EU und dem IWF (EFSF: 142 Mrd. Euro; EU-Staaten: 53 Mrd. Euro; EZB: 27 Mrd. Euro; IWF: 24 Mrd. Euro). Der IWF steht einem Schuldenschnitt ebenfalls aufgeschlossen gegenüber, ist allerdings nicht bereit, auf seine Forderungen zu verzichten.

Warum ein solcher Schuldenschnitt nicht außergewöhnlich wäre

Auf der Londoner Schuldenkonferenz 1953 einigten sich die internationalen Gläubiger, darunter Griechenland, darauf, der Bundesrepublik rund die Hälfte ihrer Vorkriegs- und Kriegsschulden bei Staaten und Privatanlegern zu erlassen. Die Restschuld wurde zudem mit einer Art «Wachstums Klausel» versehen: Der Schuldendienst der Bundesrepublik sollte nicht drei Prozent der Exporteinnahmen übersteigen. Eine ähnliche Klausel fordert auch Syriza für Griechenland. Man sieht: Ob es einen Schuldenschnitt gibt, ob Griechenland pleitegeht oder nicht, ist eine politische Frage.

Argumente gegen einen Schuldenschnitt – und warum sie wenig taugen

Die EU und insbesondere die deutsche Bundesregierung lehnen einen Schuldenschnitt ab. So schloss der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger einen Schuldenschnitt aus, denn dies wäre ein falsches Signal für andere Schuldner wie zum Beispiel Portugal. Es werden aber noch ganz andere Argumente gegen einen Schuldenschnitt vorgebracht. Wir stellen hier die gängigsten vor und erläutern, was dran ist.

1) «Die deutschen Steuerzahler sollen nicht für die Schulden Griechenlands bezahlen müssen»

Dazu ist Folgendes zu sagen: Erstens kommen die deutschen Kredite an Griechenland nicht aus dem Steueraufkommen. Die Bundesregierung hat sich das Geld geliehen und an die «Krisenstaaten» weiterverliehen. Die «Krisenstaaten» zahlen Zinsen dafür. In diesem Sinne hat der «Steuerzahler» noch nichts gezahlt.

Zweitens: Ein Schuldenschnitt für Griechenland wäre ökonomisch absolut verkraftbar,

mer weiter hinausgezögert und sein Elend verlängert wird? Und was nutzt es ihm, wenn Griechenland definitiv pleitegeht und die Schulden gar nicht mehr zurückzahlen kann? Letztlich wäre ein Schuldenschnitt auch für die deutschen Steuerzahler die billigere Variante.⁷

Das Argument «Steuerzahler» sortiert die Menschen nach ihrer Nationalität. Nach dem Muster: Jeder Steuerzahler soll sich als kleiner Finanzminister seines Landes fühlen. Wer so denkt, hat die falschen Feinde: die Griechen, Deutschen, Spanier, Portugiesen, Franzosen und so weiter. Und er hat die falschen Freunde: seine Regierung und die heimische Elite. Der alte Spruch «Die Grenze verläuft nicht zwischen Nationen, sondern zwischen oben und unten» gilt nach wie vor. Denn tatsächlich geht es in den Konflikten in Europa nicht um «Griechenland gegen Deutschland» oder «Italien gegen Niederlande» etc. Es geht um «Arm gegen Reich», um «Lohnabhängige gegen Kapitalbesitzer» – also darum, dass die Ausgaben des Staates die Kapitalbesitzer unterstützen sollen, statt soziale Maßnahmen zu finanzieren. Die normale Bevölke-

rung soll billiger werden, sparen, auf Lohn verzichten, mehr arbeiten, wettbewerbsfähiger werden (siehe «Agenda 2010»), um Investitionen in Europa rentabler zu machen. Die

Die «Euro-Rettung» ist darauf angelegt, Investitionsrenditen zu erhöhen. Dafür müssen die einen zahlen und arbeiten, die anderen kassieren.

sowohl für die Bundesrepublik als auch für die EU. In europäischen Dimensionen betrachtet, sind die rund 320 Milliarden Euro griechische Schulden Peanuts – sie entsprechen etwa drei Prozent der Wirtschaftsleistung der Euro-Zone. Ursprünglich wollte die griechische Regierung, dass die Hälfte ihrer Schulden gestrichen wird – also ein Betrag, der nur 1,5 Prozent der Euro-Wirtschaftsleistung entspricht.

Und überhaupt: Was nutzt es dem «Steuerzahler», wenn Griechenlands Pleite nur im-

«Euro-Rettung» ist darauf angelegt, Investitionsrenditen zu erhöhen. Dafür müssen die einen zahlen und arbeiten, die anderen kassieren. Und das in jedem einzelnen Land.

2) «Ein Schuldenschnitt würde doch gar nichts bringen»

Das stimmt zum Teil, wenn man nur die Schulden Griechenlands bei den EU-Staaten (53 Mrd. Euro) und dem Euro-Rettungsschirm (142 Mrd. Euro) betrachtet. Für diese Kredite werden Zinsen und Rückzahlungen

erst ab dem Jahr 2020 fällig. Nur ein wenig an Zinsen muss Griechenland schon jetzt zahlen, aber es handelt sich hier um Summen, die zu vernachlässigen sind. Wenn diese Schulden gestrichen werden, verschafft das Griechenland in den nächsten Jahren kaum Erleichterung. So weit stimmt der Einwand: Bei den Schulden von EFSF und EU-Staaten bringt ein Schuldenschnitt *kurzfristig* keine Verbesserung. Ab 2020 sieht die Sache natürlich auch hier anders aus. Aber schauen wir uns an, wie sich die Situation bei den Krediten der anderen Gläubiger darstellt.

Rund 50 Milliarden Euro schuldet Griechenland dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB). Und diese Schulden müssen schon jetzt bedient werden: Bereits dieses Jahr werden hierfür Zins- und Rückzahlungen in Höhe von mehreren Milliarden Euro fällig. Hier würde also ein Schuldenschnitt auch kurzfristig etwas bringen. EZB und IWF dürfen aber laut Statuten die Schulden nicht streichen.

Will man diese Statuten nicht ändern, dann liegt die Lösung auf dem Tisch: Die EU-Staaten oder der Euro-Rettungsschirm übernehmen die Schulden von EZB und IWF, streichen Teile (sie dürfen das nämlich), senken Zinsen, legen die Schulden still, koppeln ihre Bedienung an das griechische Wirtschaftswachstum, was auch immer. Ob das jetzt passiert oder nicht, ist weniger mit ökonomischen Sachzwängen zu erklären, sondern ist eine politische Entscheidung. Indem man die Schulden nicht streicht, kann man den Druck auf Griechenland dauerhaft aufrechterhalten und die Politik des Landes kontrollieren. Denn ohne Schuldenschnitt braucht Griechenland immer neue Kredite von der EU, und die erhält es nur, wenn dort weiter die sogenannten Reformen durchgesetzt werden (Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierungen, Entlassungen, Schwächung der Gewerkschaften, Kürzungen etc.).

Genau damit will die Regierung von Syriza Schluss machen – und genau das erlauben die Bundesregierung und die Kontrolleure Griechenlands nicht. Im Gegenteil, sie wollen die «Reformpolitik» europaweit durchsetzen.

3) «Griechenland hat schon einen Schuldenschnitt bekommen»

Im Jahr 2012 gab es tatsächlich einen Schuldenschnitt für Griechenland. Damals ging es um die Kredite von privaten Gläubigern (Banken, Investmentfonds, Versicherungen). Sie verzichteten auf Forderungen von über 100 Milliarden Euro, heißt es. Durch den Schuldenschnitt sollten laut Planungen Athens Schulden zwischen 2011 und 2020 von 160 Prozent auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung sinken. Aber:

Erstens ist ein erster Schuldenschnitt für sich kein Argument gegen einen zweiten Schuldenschnitt, sollte Griechenland ihn brauchen.

Zweitens sank die Schuldenlast tatsächlich nicht um 100 Milliarden Euro. Denn Griechenland musste sich weitere Milliarden von der EU borgen, um Ausgleichszahlungen an diejenigen Gläubiger zu leisten, die sich am Schuldenerlass beteiligt hatten, und um seine eigenen Banken zu stabilisieren, die der Forderungsverzicht an den Rand der Pleite gebracht hatte. Am Ende sank die Staatsschuld Griechenlands nur kurzfristig um 50 Milliarden Euro.

Drittens ging es damals nicht darum, dass durch den Schuldenschnitt Geld frei wird für Infrastruktur, Soziales oder Ähnliches. Ziel der Angelegenheit war, die Schuldenlast Griechenlands «tragbar» zu machen. Gestrichen wurde nur der Teil der Schulden, den man für ohnehin uneinbringbar hielt. Der Rest blieb bestehen. Durch den Schuldenerlass sollte Griechenland die Bedienung dieser Restschulden ermöglicht werden. Das war die «Rettung»: Die Ansprüche der Gläu-

biger sollten gesichert werden, und dafür musste das Land weitere soziale Einschnitte hinnehmen.

Profitiert haben davon die privaten Gläubiger, also die Banken und Investmentfonds. Sie hatten vor der Krise Griechenland Geld geliehen, Ende 2009 hatten französische Banken fast 80 Milliarden Euro nach Griechenland verliehen, deutsche Banken 45 Milliarden und holländische Banken über zwölf Milliarden. Durch den Schuldenerlass mussten sie ihre Griechenland-Kredite nicht voll abschreiben, sondern konnten einen Teil des Geldes retten, weil die EU und der IWF einsprangen. Im Ergebnis liegen Griechenlands Schulden nun bei der EU und beim IWF und die privaten Geldgeber sind fein raus.

4) «Griechenland muss sich an die Vereinbarungen halten»

Auch das ist für sich kein Argument. Verträge können verändert werden. Auch die Bundesrepublik erhielt 1953 einen großen Schuldenerlass, um die Wirtschaft des Landes zu

stärken. Und übrigens: Die Zwangsanleihe, mit der das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg Millionen aus Griechenland herausholte, wurde nie zurückgezahlt. Von wegen «Verträge müssen eingehalten werden». Daneben muss angemerkt werden: Bislang (Stand April 2015) hat die griechische Regierung jede ihrer Zusagen eingehalten und alle erhaltenen Kredite fristgemäß zurückgezahlt.

5) «Wir haben Griechenland doch schon geholfen»

Erstens: Was heißt hier Hilfe? Griechenland erhielt doch keine milden Gaben, sondern Kredite. Wären Kredite Hilfen, so wäre jede Bank eine Hilfsorganisation. Die Kredite der EU-Staaten an Griechenland dienten nicht dem Zweck, den Menschen dort Leid zu ersparen. Ihr Ziel war es zum einen, die privaten Geldgeber Griechenlands vor hohen Verlusten zu schützen: 2010 hatten Geschäftsbanken aus der Euro-Zone Kredite über 120 Milliarden Euro an Griechenland vergeben. Zum anderen sollte durch

Abb. 5: Finanzielle Verpflichtungen Griechenlands 2013 bis 2019

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Zinszahlungen in Mrd. Euro*	4,5	5,1	7,1	8,4	8,9	9,6	9,7
Zinszahlungen in % des BIP	2,5	2,8	3,8	4,3	4,3	4,4	4,2
Schuldenrückzahlungen in % des BIP	8,8	3,8	4,2	1,9	6,2		
Primärüberschuss**	0,8	1,5	3,0	4,5	4,5	4,2	4,2
Wirtschaftswachstum nominal***	-5,8	-0,1	3,3	4,9	4,8	4,8	5,4

*Annahme: Die EZB hält griechische Anleihen über mehr als 20 Milliarden Euro. Dafür muss Griechenland Zinsen an die EZB entrichten. Diese Zinsen zahlt die EZB an Griechenland anschließend zurück. Diese Rückzahlung ist mit der EU vereinbart worden, solange sich Athen an die Spar- und Reformauflagen hält.

** von der Troika verlangt, in Prozent des BIP

*** Wirtschaftswachstum + Inflationsrate in Prozent

Quelle: Unicredit

eine Vermeidung der Staatspleite Griechenlands die Euro-Zone stabilisiert werden, die die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs gerade Deutschlands ist. Also: Die EU hat nicht Griechenland vor der Pleite gerettet, sondern die EU hat sich vor den Folgen einer Griechenland-Pleite gerettet. Die «Hilfskredite» waren nicht als Hilfe gedacht, sondern als Investition. Dass sie sich lohnt, dafür sollen die Menschen in Griechenland geradestehen.

Zweitens: Griechenland erhielt «Hilfskredite», damit es seine Riesenschulden bedienen kann. Die Sparauflagen haben die griechische Wirtschaft jedoch ruiniert. Folge: Griechenland braucht weiter irgendeine Form der Unterstützung – entweder neue Kredite, um die alten zu bedienen, oder einen Schuldenerlass. Die Forderung, Griechenland solle seinen Verpflichtungen nachkommen, und zwar ohne weitere Unterstützung, ist schlicht unrealistisch.

6) «Griechenland kann doch zahlen»

Nach Berechnungen einiger Ökonomen ist der griechische Staat durchaus in der Lage, seine Schulden zu bedienen. Denn letztlich komme es nicht auf die absolute Höhe der Schulden an (ca. 320 Milliarden Euro oder 175 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung), sondern darauf, ob Griechenland jedes Jahr genug Geld hat, um Zinsen und Rückzahlungen zu leisten, also auf seine «Schuldentragfähigkeit». Und die sei gegeben. Lediglich im Jahr 2015 sei hier mit einem Problem zu rechnen, weil sehr hohe Rückzahlungen an den IWF und die EZB anstünden. In den Jahren danach werde die Lage entspannter.

Griechenland kann seine Schulden bedienen, braucht also überhaupt keinen Schuldenschnitt – wie kommen Ökonomen darauf? Das kann man mit Abbildung 5 (S. 12) erklären, die die finanziellen Verpflichtungen Griechenlands ab dem Jahr 2013 auflistet.

Zu den **Schuldenrückzahlungen**: Tatsächlich ist hier 2015 ein hoher Betrag vonnö-

ten, den Griechenland nicht aufbringen kann (8,8 Prozent der Wirtschaftsleistung). Danach wird die Lage entspannter. Die Troika nahm ursprünglich an, dass sich Griechenland in den nächsten Jahren wieder selbst an den Finanzmärkten verschulden können und aus diesen Krediten die Rückzahlungen leisten wird – eine erfolgreiche Schuldenverlängerung also zu bezahlbaren Zinsen.

Nimmt man das an, so hängt die «Schuldentragfähigkeit» davon ab, ob Griechenland die fälligen **Zinsforderungen** begleichen kann. Diese Zinsen zahlt das Land aus seinem Primärüberschuss im Staatshaushalt. Das ist der Überschuss, der sich ergibt, wenn man die Zinszahlungen herausrechnet: $\text{Primärüberschuss} = \text{Staatseinnahmen} - \text{Staatsausgaben ohne Zinszahlungen}$.

Anders formuliert: Der Primärüberschuss gibt an, wie viel Griechenland jährlich für Zinszahlungen aufbringen, wie viel es also jährlich an seine ausländischen Gläubiger abführen muss. Hier kommt der IWF auf einen Betrag von über vier Prozent der Wirtschaftsleistung ab 2016 (zum Vergleich Deutschland: etwa 1,5 Prozent). Dementsprechend gilt Griechenland als zahlungsfähig und bräuchte keine weiteren Erleichterungen.

Aber: Erstens beruht die ganze Berechnung auf der Annahme, dass Griechenlands Wirtschaft ab 2016 nominal (reales Wirtschaftswachstum + Inflationsrate) mit Raten um die fünf Prozent wachsen wird. Das ist sehr optimistisch gedacht, insbesondere wegen der niedrigen Inflationsrate in Griechenland. In den letzten Jahren lag die Troika diesbezüglich mit ihren Prognosen permanent falsch und hat damit die katastrophalen Wirkungen ihrer Sparpolitik unterschätzt.⁸ So schrumpfte die griechische Wirtschaft 2014 um 0,4 Prozent. Für 2015 und 2016 erwartet die EU-Kommission ein Plus von 2,2 und 4,3 Prozent – abermals weniger, als in der obigen Tabelle (Abb. 5) angenommen wird.

Zweitens: Griechenland soll laut Planungen

in den nächsten 20 Jahren dauerhaft einen Primärüberschuss von über vier Prozent der Wirtschaftsleistung erzielen. Allerdings: «Abgesehen von den Ölexportländern war noch nie ein Land in der Lage, eine solche Anforderung zu erfüllen», so Gilles Moec von der Bank of America.⁹

Drittens: Selbst wenn es Griechenland gelänge, jedes Jahr einen Zinsbetrag ans Ausland zu überweisen, der mehr als vier Prozent der Wirtschaftsleistung ausmacht, dann würde dies gleichzeitig bedeuten: Dieses Geld fehlt für andere Ausgaben – zur Förderung der Wirtschaft oder für die Bekämpfung von sozialer Not. Zwischen 2015 und 2019 soll Griechenland immerhin laut Plan fast 44 Milliarden Euro an die Gläubiger überweisen – das entspricht fast einem Fünftel der Wirtschaftsleistung. Und das in einem Land, in dem mittlerweile Hunger herrscht und wo ein Drittel der Menschen nicht länger krankenversichert ist.

7) «Griechenland ist doch selbst schuld an seiner Misere»

Ein Schuldenschnitt wird auch abgelehnt mit dem Argument, Griechenland verdiene ihn nicht, da es selbst schuld an der Krise sei. Erstens stellt sich hier die Frage: Was heißt denn hier schuld? Fakt ist: Griechenlands Wirtschaft war in der globalen Konkurrenz nicht stark genug. Gemessen daran, hatte der Staat vor der Krise «zu viele» Schulden aufgenommen. Nun gut. Aber ist der Verlierer eines Wettrennens «selbst schuld»? Heute sind alle klüger und geben vor zu wissen, dass Griechenland früher alles falsch gemacht habe. Damals jedoch, als die Wirtschaft noch boomte, haben alle Griechenland gelobt.

Zweitens: Die katastrophale Schrumpfung der Wirtschaftsleistung ist vor allem ein Resultat der Sparauflagen der Troika, die die griechische Regierung nur umgesetzt hat. Und nicht nur die Sparvorgaben wur-

den umgesetzt, auch eine Unzahl von geforderten «Strukturreformen» zum Abbau von Bürokratie, zur Deregulierung von Berufen, zur Steuereintreibung und vor allem zur Senkung des Lohnniveaus. So wurden Branchen- und Flächentarifverträge weitgehend ausgehebelt und Lohnverhandlungen auf die Betriebsebene verlagert – dort galt der Mindestlohn als untere Grenze. Gleichzeitig wurde der Mindestlohn in der Privatwirtschaft von 750 auf 590 Euro gedrückt. Für junge Beschäftigte unter 25 Jahren sank der Mindestlohn sogar auf 500 Euro. Gekoppelt an den Mindestlohn wurde das Arbeitslosengeld, das von 460 auf 320 Euro gesenkt worden ist. Zudem wurde der Kündigungsschutz abgeschwächt. Die meisten Lohnzuschüsse wurden abgeschafft und die Löhne der öffentlich Beschäftigten eingefroren, solange bis die Arbeitslosigkeit auf 10 Prozent gefallen ist (diese lag im Dezember 2014 bei 26 Prozent). Dazu kam die Verpflichtung zum Verkauf von Staatsbesitz.

Laut OECD-Reformindikator lag Griechenland 2014 an der Spitze aller untersuchten Länder. Die Staatseinnahmen wurden erhöht, zwischen 2010 und 2014 stiegen sie von 41 auf 47 Prozent der Wirtschaftsleistung und liegen damit über EU-Durchschnitt. Im Ease-of-doing-business-Index der Weltbank, der die Länder danach bewertet, wo die besten Bedingungen für Unternehmen herrschen, lag Griechenland 2010 auf Platz 100, 2014 hatte es Platz 61 belegt, nur zwei Plätze hinter Luxemburg. Man kann also nicht sagen, Griechenland sei «reformunwillig». ¹⁰ Erfolglos war das Programm dennoch: Trotz massiver Lohnsenkung schrumpfte der griechische Export, gleichzeitig brach die inländische Nachfrage mangels Kaufkraft ein und verschärfte so die Finanzlage des Staates.

Drittens: Mit Syriza hat Griechenland eine neue Regierung, die alte Fehler vermeiden will. So sollen insbesondere die Steuerein-

treibung intensiviert und Reiche stärker besteuert werden. Niemand bestreitet, dass das sinnvoll ist. Zudem fordert Syriza ein Ende des strengen Sparkurses, damit die Wirtschaft wieder wachsen kann. Und darüber hinaus will die neue Regierung die humanitäre Krise bekämpfen. All dies wird von der EU nicht kritisiert. Für ihr Programm fordert Syriza allerdings finanzielle Erleichterungen –

und die soll es nicht geben. Denn Griechenland sei ja «selbst schuld» an seiner Lage. Das ist eine irrationale Strategie.

Viertens: Schuldzuweisungen beheben nicht die ökonomische Misere. Sie dienen nur als moralische Legitimation, um den Druck auf Griechenland aufrechtzuerhalten und mit gutem Gewissen dem Land weitere Hilfen zu verweigern. Mehr nicht.

Schuldenschnitt - eine politische Entscheidung

Der wahre Grund dafür, dass die Bundesregierung auf die Einhaltung der Vereinbarungen besteht, ist: Es gibt keinen Schuldenschnitt, weil es keinen geben darf. Das ist zwar ökonomischer Irrsinn – «Man kann Länder nicht mitten in einer Depression ausquetschen», sagte jüngst sogar US-Präsident Barack Obama. Doch die Bundesregierung und die Europäische Kommission bleiben hart, verweigern jeden Schuldenschnitt. Das ist eine politische Entscheidung – kein ökonomischer Sachzwang, sondern Ausdruck eines Interesses.

Die Schulden sollen Griechenlands nicht erlassen werden,

- um nicht zugeben zu müssen, dass die Politik der Troika komplett gescheitert ist. Die sogenannten Reformen haben in Griechenland nämlich bislang unter anderem zu einer Schrumpfung der Wirtschaft um 25 Prozent, zu einem Anstieg der Arbeitslosenrate auf 25 Prozent (50 Prozent unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen) und zu einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems geführt. Gleichzeitig wuchs durch den «Sparkurs» die Schuldenlast immer weiter.
- Um weiter Druck auf Griechenland und andere Länder ausüben zu können. Das

gibt die Bundesregierung auch offen zu. Ein Schuldenschnitt oder andere Erleichterungen könnten «den Reformwillen in Europa erlahmen lassen». An Athen wird ein Exempel statuiert und ein Signal an alle Länder Europas gesandt: Wer innerhalb der Euro-Zone die «Hilfe» anderer Staaten braucht, der erhält sie nur, wenn er sich bereiterklärt, dem Spar- und Reformdiktat der Geldgeber bedingungslos zu folgen und notfalls auch große Teile seiner Wirtschaft zu opfern. Ganze Länder, ihre Bevölkerungen und ihre Wirtschaft werden dabei einem Maßstab untergeordnet: «Schuldentragfähigkeit» (siehe dazu Punkt 6). Ein Land muss – fern jedweder ökonomischer Notwendigkeit – alles tun, um seine Verbindlichkeiten zu bedienen. Schuldenbedienung ist wichtiger als die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung. Damit Schulden bedient werden können, wird Menschen die medizinische Versorgung gestrichen, werden ihre Wohnungen zwangsversteigert, wird ihnen der Strom abgestellt und der Lohn gesenkt. Hauptsache, das Land bezahlt seine Schulden zurück, bedient also die Ansprüche der Gläubiger, und das heißt meistens: der Anleger an den Finanzmärkten.

Warum Griechenland weitere Kredite braucht

Die griechische Regierung hat mit den Gläubigern im Februar 2015 ein «Brückenabkommen» geschlossen, das vier Monate laufen soll. Griechenland hat sich hiermit verpflichtet, weitere Reformen durchzuführen und die Sparauflagen einzuhalten. Im Gegenzug soll es die letzte Tranche des ursprünglich bis Ende Februar auslaufenden Kreditprogramms über rund sieben Milliarden Euro ausgezahlt bekommen.

Nach Ablauf der vier Monate wollen Griechenland und die Gläubiger dann ein neues Abkommen schließen. Da Athen nicht mit einem Schuldenschnitt rechnen kann und die Finanzmärkte der Regierung kein Geld mehr leihen, braucht diese nämlich weitere Kredite von der EU und vom IWF. Nicht, um die laufenden Staatsausgaben zu finanzieren, das ist seit 2013 im Wesentlichen aus den Einnahmen möglich. Neue Kredite braucht die griechische Regierung, um die alten Schulden zu bedienen. Vor allem im Sommer kommen ho-

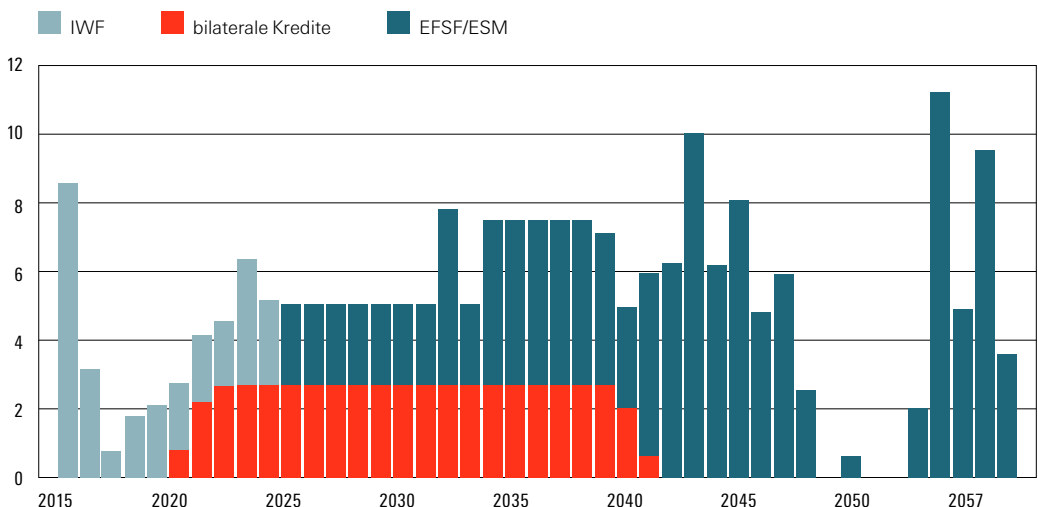
he Ausgaben auf Athen zu: Im Juli und August 2015 muss das Land 6,7 Milliarden Euro an die EZB zurückzahlen, dazu kommen 2,2 Milliarden Euro an den IWF. Insgesamt werden allein im Jahr 2015 Rückzahlungen an den IWF und die EZB über 17 Milliarden Euro fällig – Geld, das Griechenland nicht hat. Syriza bleibt damit unter massivem Druck der Gläubiger, die weitere Sparmaßnahmen und Reformen fordern. Erzielt die Regierung keine Einigung mit ihnen, droht der Zahlungsausfall.

Was und wer einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone auslösen könnte

Erhält die Regierung in Athen kein weiteres Geld von der EU und kommt es zu keinem Schuldenschnitt, müsste sie weitere extreme Einsparungen vornehmen, um die Schulden zu bedienen. Oder sie weigert sich, diese zurückzuzahlen. Das allein würde noch nicht automatisch zum Austritt des Landes aus dem Euro führen. Diesen «Grexit» könnte dann

Abb. 6: Plan zur Tilgung der griechischen Schulden

Fälligkeit ausgezahlter Hilfskredite in Mrd. Euro



Quelle: EU-Kommission, Eurostat, griechisches Finanzministerium

aber die Europäische Zentralbank erzwingen. Wie lief das ab?

Bislang leiht sich Athen Geld bei den griechischen Banken. Die Banken geben der Regierung Kredit und reichen die griechischen Anleihen an die EZB weiter, die ihnen dafür frische Liquidität zuführt. Diesen – in allen Ländern üblichen – Geldkreislauf könnte die EZB unterbrechen mit dem Argument: Eine griechische Regierung ohne Troika-Abkommen ist nicht kreditwürdig, wir nehmen daher keine Griechenland-Anleihen mehr von den griechischen Banken an. Tatsächlich hat die EZB schon einen ersten Schritt in diese Richtung getan (siehe den Punkt: «Wie die Europäische Zentralbank Druck auf Griechenland ausübt»). Die griechischen Banken wären damit vom Geldzufluss der EZB abgeschnitten, international erhielten sie auch keinen Kredit mehr – also wären sie auf einen Schlag zahlungsunfähig. Um zahlungsfähig zu bleiben und einen nationalen Geldkreislauf zu garantieren, müsste die Regierung in Athen daraufhin wohl die Euro-Zone verlassen und wieder eine eigene Währung einführen, in der sie und die griechischen Banken sich verschulden können.

Wie mit einem Euro-Austritt gedroht wird

Syriza hat mehrfach betont, dass es das Risiko eines «Grexit» nicht eingehen will. Die Bundesregierung hat ihrerseits verlauten lassen, für die Euro-Zone sei ein Austritt Griechenlands inzwischen keine Katastrophe mehr». «Die deutsche Regierung hat bereits begonnen, die griechische Verhandlungsposition zu schwächen, indem sie Indifferenz signalisiert hat (kein Austritt Griechenlands wäre mittlerweile verkraftbar).»¹¹

Folgen eines Grexits» für die Euro-Zone

Nach einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone würde es wahrscheinlich nicht zu einer Neuauflage der Euro-Krise kommen.

Seit das letzte Mal (2011/12) ein «Grexit» zur Debatte stand, hat sich die Lage verändert: Damals war die Befürchtung: Wenn Griechenland den Euro verlässt, wäre dies für Anleger ein Signal, auf den Austritt anderer Länder wie Portugal, Irland, Italien und Spanien zu spekulieren. In der Folge würden die Zinsen für diese Länder steigen, dies könnte einen Zahlungsausfall herbeiführen und so einen Austritt notwendig machen. Seit 2012 hat die Euro-Zone jedoch einige Sicherheitsnetze gespannt: Es gibt den Euro-Rettungsschirm, der Staaten in Not mit Kredit unterstützt. Und es gibt vor allem die EZB, die eine unbeschränkte Garantie für die Euro-Staaten ausgesprochen hat: Im Notfall kauft sie Anleihen bedrängter Staaten. Durch diese Sicherheitsmechanismen ist es unwahrscheinlicher geworden, dass ein «Grexit» heute zu einer Art Kettenreaktion beitragen würde. Zudem haben sich Irland, Portugal und Spanien wirtschaftlich stabilisiert und sind nicht länger auf Kredite der EU angewiesen.

Folgen eines «Grexits» für Griechenland

Zunächst scheint es so, als könnte ein Austritt aus dem Euro Griechenlands Probleme lösen. Mit der Drachme hätte Athen wieder eine Währung, über die es die Kontrolle hat und in der es sich verschulden kann. Nach ihrer Einführung würde die Drachme gegenüber dem Euro sicherlich stark abgewertet werden, was griechische Exportwaren verbilligen würde. Das könnte ein Vorteil sein. Dem stehen gravierende Nachteile und Risiken gegenüber. Erstens: Würde die Drachme, wie häufig erwartet, nach ihrer Einführung um die Hälfte abgewertet, würden dadurch Importe für Griechenland extrem teuer werden. Zweitens: Verschuldet wären der griechische Staat, die Unternehmen und Banken weiter in Euro. Sie bräuchten also Euro, um ihre Schulden zu bedienen. Diese Euro haben sie aber nicht. Wer würden internationale Banken oder Inves-

toren Griechenland Euro leihen, noch würden sie Drachmen in Euro umtauschen, da die Drachme zunächst wohl keine international akzeptierte Währung wäre. Folgen eines «Grexit» wären daher mit Sicherheit ein Zahlungsausfall des griechischen Staates, vieler Unternehmen und ein Zusammenbruch des Bankensystems. Drittens: Im globalen Handel wäre die Drachme zumindest mittelfristig nichts wert – Verkäufer in aller Welt dürften von Griechenland Zahlungen in Euro oder US-Dollar verlangen, und die hat Griechenland nicht. Da die griechischen Unternehmen international auch nicht mehr kreditwürdig wären, müssten sie voraussichtlich per Vorkasse zahlen. Viertens: Der Export würde durch eine Abwertung der Drachme vielleicht gefördert, gleichzeitig aber ist der Exportsek-

Syriza hat mehrfach betont, dass es das Risiko eines «Grexit» nicht eingehen will. Die Bundesregierung hat ihrerseits verlauten lassen, für die Euro-Zone sei ein Austritt keine Katastrophe mehr.

tor Griechenlands eher klein. Fünftens: Vor die Wahl gestellt, Waren gegen Euro ins Ausland zu verkaufen oder im Inland Drachmen einzunehmen, würden viele griechische Unternehmen sicherlich den Export wählen. Das bedeutet: Verschiedene Waren würden knapp in Griechenland – und damit sehr teuer.

Insgesamt droht eine weitere massive Verarmung der griechischen Bevölkerung – auch weil die Euro-Zone bestimmt kein Interesse daran hätte, Griechenland einen «weichen» Austritt zu ermöglichen. Schließlich soll kein Präzedenzfall geschaffen werden. Aber auch für die Gläubiger wäre ein Austritt teuer: Nach Berechnungen des Ifo-Instituts könnte er sie knapp 320 Milliarden Euro kosten, 85 Milliarden davon entfielen auf Deutschland.¹² Dies würde aber voraussichtlich nicht die Euro-Zone destabilisieren.

Wie die europäische Zentralbank Druck auf Griechenland ausübt

Die griechischen Geschäftsbanken und damit das griechische Finanzsystem hängen an der Europäischen Zentralbank: Athen leiht sich Geld von den Banken, gibt ihnen dafür Staatsanleihen, die die Banken dann zur EZB tragen, um im Gegenzug frische Liquidität zu erhalten – die sie wiederum brauchen, um neue Kredite zu vergeben oder Banknoten an die Kunden auszugeben. Doch die EZB hat diesen Geldkreislauf bereits teilweise unterbrochen. Seit dem 11. Februar akzeptiert sie keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheit für ihre Liquidität. Grund: Ein erfolgreicher Abschluss des alten Kreditprogramms sei nicht abzusehen. Neues Geld gäbe es erst wieder, wenn Athen und die EU einem neuen Hilfsprogramm zugestimmt hätten.

Damit sind die griechischen Geschäftsbanken aber noch nicht vollständig von der Liquidität der EZB abgeschnitten. Sie dürfen noch Notfallkredite über die sogenannte Emergency Liquidity Assistance (ELA) aufnehmen. Dabei reichen die Geschäftsbanken die griechischen Anleihen nicht mehr an die EZB weiter, sondern an die griechische Zentralbank. Mit anderen Worten: Das Ausfallrisiko für griechische Anleihen übernimmt nicht mehr die EZB, sondern die griechische Zentralbank. Sie darf den Geschäftsbanken im Gegenzug weitere Kredite geben. Allerdings hängt der Zeitraum und das Ausmaß von der Zustimmung der EZB ab. Entzieht die EZB der griechischen Zentralbank die Erlaubnis für ELA, sind die Geschäftsbanken Griechenlands weitgehend von frischer Liquidität abgeschnitten. Gleichzeitig hätten sie damit kein Geld mehr, dass sie der Regierung in Athen leihen könnten. Damit stünde der finanzielle Zusammenbruch des Landes

vor der Tür. Um ihn abzuwenden, müsste sich Athen fügen und ein neues Programm mit der EU aushandeln oder aus dem Euro austreten, um seine eigene Währung zu «drucken» und so wieder handlungsfähig zu werden.

Was Syriza in der Hand hat

Mit den katastrophalen Folgen eines «Grexit» für die Euro-Zone kann Syriza heute anscheinend nicht mehr drohen. Letztlich hat die neue Regierung daher nur zwei Argumente auf ihrer Seite. Erstens wäre eine Stabilisierung Griechenlands auch im Interesse der Gläubiger, ein Zahlungsausfall würde auch sie teuer zu stehen kommen. Zweitens: Zwar droht durch einen «Grexit» keine unmittelbare neue Krise der Euro-Zone. Dennoch wäre der Austritt eines Mitglieds aus dem Euro folgeschwer. Denn damit wäre die immerzu betonte Unwiderrufbarkeit des Euro infrage gestellt. Die Euro-Zone würde damit ihren Charakter verändern, grundsätzlich wäre damit die Stabilität der Währungsunion gefährdet. «Der größte Schutz der Euro-Zone in den vergangenen vier Jahren war gerade der Umstand, dass niemand wusste, wie sich ein Ausscheiden Griechenlands überhaupt bewerkstelligen ließe. Würde aber jetzt auf Biegen und Brechen ein Exempel statuiert, könnten in der nächsten Wirtschaftskrise weitere Länder folgen. Das würde sofort genau jene spekulativen Attacken an den Finanzmärkten auslösen, die wir eigentlich unterbinden wollen.»¹³ Diese Gefahr fürchtet auch die Bundesregierung, die daher stets betont: «Unsere ganze Politik ist darauf gerichtet, dass Griechenland ein Teil des Euroraums ist.»¹⁴

Die Position der Bundesregierung

Einerseits will die Bundesregierung die Einheit der Euro-Zone erhalten. Andererseits haben Vertreter der Bundesregierung mehrfach betont, sie ließen sich durch Syriza nicht erpressen. Nach der Wahl sagte SPD-Frakti-

onschef Thomas Oppermann, auch die neue griechische Regierung sei an die Vereinbarungen mit der EU gebunden. Es gebe auch künftig keine Leistung ohne Gegenleistung. Bundesbank-Chef Jens Weidmann erinnerte Griechenland an seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Geldgebern. «Ich hoffe, dass die neue griechische Regierung keine illusionären Versprechungen macht, die sich das Land nicht leisten kann.»

Offiziell fährt die politische Elite in Deutschland also einen harten Kurs gegenüber Athen. Warum? Durch Sparmaßnahmen und Reformen zugunsten von Unternehmen und Investoren sollen die Euro-Staaten erstens in den Augen der Finanzanleger wieder kreditwürdig werden. Das bedeutet, die Bundesregierung nimmt bei der Bewertung der Reformanstrengungen den Blickwinkel eines Finanzinvestors ein, der sich fragt, ob ein Land eine lukrative und sichere Anlagesphäre ist. Zweitens sollen die Euro-Länder durch Lohnmoderation und investorenfreundliche Gesetze «wettbewerbsfähig» werden. Zentraler Maßstab ist bei beiden Punkten die Investitionsrendite – Europa soll rentabler werden, um jeden Preis. Dieses Exempel wird anhand von Griechenland statuiert: Die Forderungen von Gläubigern müssen bedient werden, koste es, was es wolle. Man sei dabei, Europa in ein «Paradies für Gläubiger» zu verwandeln, kritisiert daher der britische Ökonom Mark Blyth.¹⁵

Damit nimmt die Bundesregierung den Standpunkt einer Gläubigernation gegenüber ihren Schuldnern ein. Dieser Standpunkt entspricht den ökonomischen Gegebenheiten. Denn nach vielen Jahren der Weltmarktkonkurrenz gibt es eine relativ klare Zweiteilung der Länder der Euro-Zone in Gewinner (Gläubiger) und Verlierer (Schuldner). Zentrale Maßzahl ist hier die sogenannte Netto-Auslandsposition. Ist sie positiv, so hat ein Land als Gesamtheit (Staat, Unternehmen, private Haushalte) netto (abzüglich Schulden) Forderungen gegenüber dem Ausland. Es hat also dauerhafte Über-

Abb. 7: Gewinner und Verlierer der Weltmarktkonkurrenz

Netto-Auslandsposition in Prozent der Wirtschaftsleistung von 2013	
Gläubiger:	
Belgien	+46
Deutschland	+43
Niederlande	+31
Schuldner:	
Frankreich	-16
Italien	-31
Spanien	-93
Irland	-105
Portugal	-116
Griechenland	-121

Angaben gerundet

Quelle: EU-Kommission¹⁶

schüsse im Außenhandel erzielt. Ist sie negativ, so hat das Land netto Schulden, also Defizite im Außenhandel.

Was für die Bundesregierung auf dem Spiel steht

Deutschland ist zur unbestrittenen Führungsmacht in der Euro-Zone aufgestiegen. Die neuen und dauerhaften Spargesetze und Strukturreformen zur Schwächung der Arbeitnehmer in Europa sind maßgeblich auf das Betreiben der Bundesregierung durchgesetzt worden. Syriza soll daher nicht nachgegeben werden, denn jede Billigung einer Abweichung vom vorgegebenen Kurs könnte dazu führen, dass andere Regierungen ebenfalls Änderungen und Erleichterungen fordern.¹⁷ Und das in einer Zeit, in der erstens Teile der politischen Eliten und zweitens weite Kreise der Bevölkerung in vielen Ländern

am Nutzen der Euro-Mitgliedschaft zweifeln. Dies zeigt sich am Aufstieg sogenannter eukritischer Parteien. «Es geht nicht um Griechenland. Es geht um Europa. Wenn Europa sich nicht ändert, wird ein Rückschlag unvermeidlich sein. Griechenland bleibt vielleicht dieses Mal auf Linie. Aber die ökonomische Verrücktheit kann nicht ewig weitergehen. Die Demokratie wird dies verhindern.»¹⁸ Worauf der US-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hier setzt – der Wählerwille – ist genau das, was die Bundesregierung wohl fürchtet. Die Ereignisse in Griechenland gelten vielen als ein Testlauf für die spanischen Wahlen Ende 2015, in denen die linke Partei Podemos möglicherweise zur stärksten politischen Kraft werden könnte.¹⁹ Daher spricht aus Sicht der Bundesregierung vieles dafür, gegenüber Syriza hart zu bleiben, notfalls bis zur Pleite und bis zum «Grexit»: «Eine relativ stringente Haltung gegenüber Griechenland würde die Glaubwürdigkeit der Institutionen des Euroraums [...] deutlich stärken und ein starkes Signal an andere Länder senden, die die notwendige und von der EU-Kommission angemahnte Haushaltskonsolidierung nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit vorantreiben. Insgesamt könnte der langfristige Gesamteffekt eines möglichen Zahlungsausfalles Griechenlands für den Euroraum sogar positiv sein», so Stefan Bielmeier, Chefökonom der DZ Bank.²⁰

Worum geht es hier eigentlich? Der Widerspruch des Euro-Konstrukts und seiner Rettung

Einige Staaten Europas haben ihre alten nationalen Währungen aufgegeben, um gemeinsam eine potente internationale Währung zu schaffen: den Euro. Er soll eine Währung sein, die weltweit gewollt wird, in die Unternehmen und Anleger investieren und in der sich Unternehmen und Staaten verschulden können, um sich zu niedrigen Zinsen die benötigten Finanzmittel

zu beschaffen. Zudem sollte er bestimmte Risiken ausschalten. In früheren Zeiten schwankten nämlich die Wechselkurse von D-Mark, Franc, Lira, Drachme etc. zuweilen erheblich und schufen so einen Unsicherheitsfaktor für grenzüberschreitende Investitionen. Dies führte zu Krisen wie die von 1992. Damit machte der Euro Schluss. Er ließ die Euro-Zone zu einer beliebten Anlagosphäre für internationale Investoren werden. Europäische Unternehmen können mit seiner Hilfe Geschäftsmöglichkeiten weltweit nutzen, in anderen Kontinenten problemloser investieren und einkaufen. Der Euro ist also globale Kreditmacht und darin «stärker», als es die einzelnen europäischen Währungen jemals waren. Das ist der Ertrag der Währungsunion.

Die durch den Euro noch stärker freigesetzte Konkurrenz schafft jedoch Gewinner und Verlierer in Europa – das gilt für die Unternehmen wie für die Staaten. Die Gewinnerstaaten akkumulieren finanzielle Forderungen gegenüber den anderen Ländern. Die Verlierer häufen im Gegenzug immer mehr Schulden an. Finanzielle Hilfen oder Transfers der Gewinner an die Verlierer – so wie zum Beispiel zwischen den einzelnen Bundesstaaten der USA – sind nicht in größerem Maß vorgesehen. Denn zwar haben die Euro-Staaten ihre Währungen zusammengelegt, aber für finanzielle Erfolge beziehungsweise Misserfolge soll jeder Staat für sich allein verantwortlich sein. Daraus ergibt sich der grundsätzliche Widerspruch der Euro-Zone: Währungspolitisch kooperieren die Euro-Staaten. Auf dem Weltmarkt aber treten sie gegeneinander an als Konkurrenten, die sich gegenseitig die Erträge streitig machen, mit denen sie gemeinsam für die Stabilität des Euro stehen.

Wachsende Forderungen auf der einen Seite, wachsende Schulden auf der anderen – diese Bewegung führte infolge der Finanzkrise ab 2008 schließlich zur Euro-Krise, die

2010 begann. In dieser Krise treten sich Konkurrenzgewinner und -verlierer gegenüber. Alle haben das Ziel, die Krise zu beenden. Das heißt, sie wollen, dass die Kalkulationen der Unternehmen wieder aufgehen, dass wieder mehr Umsatz und Gewinn gemacht werden. Und alle wollen den Euro als gemeinsame Kreditmacht erhalten, der ihnen den Zugang zu den globalen Finanzmärkten sichert. Uneins sind sie sich allerdings in der Frage, was welche Regierung dafür tun kann und soll.

Die Regierungen der Schuldnerländer wie Griechenland oder Italien stellen sich auf den Standpunkt: Der Euro ist eine weltweit anerkannte stabile Währung, der Anleger vertrauen, da hinter ihr auch finanzstarke Länder wie Deutschland stehen. Damit bietet der Euro auch finanzschwächeren Euro-Ländern in der Krise die Möglichkeit, neue Schulden aufzunehmen, um die Privatwirtschaft zu unterstützen. Diese Freiheit bei der Schuldenaufnahme, die der Euro bietet, vor allem gestützt durch die Kreditwürdigkeit der reichen Euro-Länder, sollte vonseiten der ärmeren Staaten genutzt werden können, um die Krise mit möglichst geringen Schäden zu überstehen. Gläubigerländer wie Deutschland oder die Niederlande stellen sich dagegen auf den Standpunkt: Die Krise ist eine Staatsschuldenkrise. Sie zeigt, dass die Euro-Staaten zu viele Schulden aufgenommen haben, ohne dass es zu zusätzlichem Wirtschaftswachstum gekommen ist. Sparsamkeit ist daher das Gebot der Stunde, um die von allen gewünschte Stabilität des Euro zu erhalten. Die Kreditwürdigkeit der reichen Länder dürfe nicht weiter strapaziert werden. Kurzum: Während die Schuldnerländer also darauf pochen, dass der Euro Mittel der Staaten sein soll, bestehen die Gläubigerländer darauf, dass die Wirtschaft Mittel des Euro sein muss. Dies ist allerdings nur zum Teil ein Prinzipienstreit. Dahinter steht der Kampf darum, welche Länder die

anstehende Entwertung des Kapitals schultern müssen. Offiziell formuliert wird dieser Kampf entlang der Frage: Sollen finanzstarke Staaten wie Deutschland ihre Kreditwürdigkeit einsetzen, um andere Länder zu stützen und ihnen höhere Schulden zu ermöglichen? Oder sollen sich die Schuldnerländer «gesundschneiden»?

1 Vgl. A quarter of schoolchildren in Athens going hungry, poll finds, in: Ekathimerini.com, 11.2.2015, unter: www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_wsites1_1_11/02/2015_547160. **2** Gechert, Sebastian/Rannenber, Ansgar: The costs of Greece's fiscal consolidation, Policy Brief, March 2015, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf 2015, unter: www.boeckler.de/2728_53657.htm. **3** Jannis Milios, Wirtschaftsberater von Syriza, zit. nach: Berliner Zeitung, 13.1.2014. **4** Krugman, Paul: Europe's Trap, in: New York Times, 5.1.2015, unter: <http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/01/05/europes-trap>. **5** Vgl. Mouzakis, Yiannis: Where did all the money go?, in: MacroPolis, 5.1.2015, unter: www.macropolis.gr/?i=portal.en.the-agera.2080. **6** DIW-Chef fordert: Deutschland soll Griechenland bis zu 50 Milliarden erlassen, in: Spiegel-online, 9.1.2015, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/schulden-deutschland-soll-griechenland-50-milliarden-erlassen-a-1012154.html. **7** Vgl. DZ Bank Research: Der Schuldenschnitt ist die günstigere Option, 4.3.2015. **8** Vgl. zu den falschen Prognosen Flassbeck, Heiner: Der «gute Weg» Griechenlands, die

Zukunft der Troika und die Zukunft der EWU, 26.2.2015, unter: www.flassbeck-economics.de/der-gute-weg-griechenlands-die-troika-und-die-zukunft-der-ewu/. **9** Bank of America, Europe Economic Weekly, 20.2.2015. **10** Vgl. Kaufmann, Stephan: Reformfreudiges Griechenland, in: Frankfurter Rundschau, 11.2.2015, unter: www.fr-online.de/wirtschaft/schuldenkrise-reformfreudiges-griechenland,1472780,29825938.html. **11** Erste Group Research, 5.1.2015. **12** Vgl. Singer, Klaus: Griechenlands Zahlungslast kräftig erhöht, Pressemitteilung des ifo-Instituts vom 5.3.2015, unter: www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Archiv/2015/Q1/press_20150305_Griechenland.html. **13** Henrik Enderlein, zit. nach: Berliner Zeitung, 9.1.2015. **14** Angela Merkel, zit. nach: Berliner Zeitung, 22.1.2015. **15** Blyth, Mark: Ending the Creditor's Paradise, in: Jacobin, 27.2.2015, unter: www.jacobinmag.com/2015/02/germany-austerity-blyth-speech-spd/. **16** European Commission: Alert Mechanism Report 2015, 28.11.2014, Brüssel, unter: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2015/amr2015_en.pdf. **17** Etwa die Regierungen von Portugal und Irland, deren Schulden in den letzten Jahren auf 129 beziehungsweise 124 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen sind. Spanien nähert sich der 100-Prozent-Marke an. **18** Stiglitz, Joseph E.: Europe's Lapse of Reason, in: Project Syndicate, 8.1.2015, unter: www.project-syndicate.org/commentary/european-union-austerity-backlash-by-joseph-e--stiglitz-2015-01. **19** Pablo Iglesias, Kopf der spanischen Protestpartei Podemos, twitterte: «2015 will be the year of change in Spain and Europe. We will start in Greece. Go Alexis!! Go @syriza_gr!!» (vgl. www.thespainreport.com/13512/spain-stocks-fall-2-5-podemos-celebrates-change-2015-news-early-greek-elections). Dagegen warnte die italienische Großbank Unicredit: «Greece: The first of a series of moves towards populism?» (Unicredit Weekly Focus, 11.12.2014). **20** Biellemer, Stefan: Der Euroraum ist bereit für einen Austritt Griechenlands, in: Biellemer's Blog, 19.12.2014, unter: <https://biellemerblog.dzbank.de/2014/12/19/der-euroraum-ist-bereit-fuer-einen-austritt-griechenlands/>.

TEIL II: MYTHEN DER GRIECHENLAND-KRISE

Die griechische Krise begann im Oktober 2009 mit dem Eingeständnis der Athener Regierung, ihr Haushaltsdefizit sei viel höher als zunächst angegeben. Daraufhin entzogen die Finanzmärkte der Regierung schrittweise den Kredit, eine Staatspleite drohte. Ein Hilfesuch Griechenlands an die EU wurde zunächst abgewiesen: Unterstützung für Griechenland wäre «das falsche Signal», tönte der damalige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). Man dürfe keinen Präzedenzfall schaffen, auf den sich später andere EU-Mitgliedstaaten berufen könnten. «Jeder muss seine Hausaufgaben selbst erledigen.»¹ Im Mai 2010 schließlich wurde diese Position verlassen, die EU-Staaten gaben Griechenland bilaterale Kredite, um die Pleite abzuwenden. Unter dem Druck der Finanzmärkte wichen die Vertreter der Euro-Zone von der Regelung ab, dass jeder Mitgliedstaat finanziell für sich selbst verantwortlich ist.

Die Milliarden an Griechenland schufen Erklärungsbedarf – und das Bedürfnis, einen Schuldigen für die Krise zu finden. Insbesondere in Deutschland wurde die Finanznot des griechischen Staates mit einem mangelnden Arbeitswillen und einem Hang zur Verschwendung seitens «der Griechen» erklärt. Das war für viele bequem. Die deutsche Politik konnte sich so ihrer Mitverantwortung für die Krise entledigen. Gleichzeitig wurde so die Illusion genährt, das herrschende Wirtschafts- und Finanzsystem sei eigentlich stabil und gut und würde bloß durch pflichtvergessene Griechen untergraben. Hier ein paar der gängigen Mythen, die noch heute durch die Medien und Köpfe geistern.

1. «Die Griechen sind faul»

Faktenlage: In Griechenland wird sehr viel gearbeitet. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit – abzüglich Mittagspausen – lag vor der Krise

laut Eurostat bei 44,3 Stunden, in Deutschland waren es 41 Stunden und im EU-Durchschnitt 41,7 Stunden.² Die französische Bank Natixis kam für Deutschland auf eine Jahresarbeitszeit von durchschnittlich 1.390 Stunden, in Griechenland sind es 2.119 Stunden.³

Einordnung: «Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen. Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten.»⁴ Abgesehen davon, dass in Griechenland viel gearbeitet wird, und abgesehen davon, dass Freizeit nicht unbedingt etwas Schlechtes ist und Arbeit nicht unbedingt etwas Gutes: Es ist prinzipiell falsch, die Ursache der Krise eines Landes im mangelnden Fleiß der Einwohner zu suchen. Die Bevölkerung hat nicht die Wahl, einfach mal länger zu arbeiten, um die Krise zu beenden. Eher ist es umgekehrt: Wegen der Krise sind viele Griechen mittlerweile erzwungenermaßen erwerbslos. Die offizielle Arbeitslosenrate lag Ende 2014 bei rund 25 Prozent, bei den Jugendlichen war sogar jeder zweite ohne eine Anstellung. Man sieht: Nicht «Faulheit» verursacht Krisen, sondern Krisen vernichten Jobs. Umgekehrt ist es in Deutschland: Dort hat der Aufschwung die Arbeitslosenquote unter 7 Prozent gedrückt.

2. «Die Griechen machen zu viel Urlaub»

Faktenlage: Laut EU-Agentur Eurofound hatten griechische Arbeitnehmer vor der Krise durchschnittlich einen Urlaubsanspruch von 23 Tagen im Jahr. Die Deutschen sind in der glücklichen Lage, 30 Urlaubstage nutzen zu können. Das ist Spitze in Europa. Daran ändert sich auch nichts, wenn Feiertage hinzugezählt werden.

Einordnung: «Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Ur-

laub und der andere ganz wenig», sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Mai 2011. Es handelt sich hier um eine Variante des «Faulheitsvorwurfs». Es wird der Versuch gemacht, die Krise mit dem individuellen Fehlverhalten der Griechen zu erklären. Im Umkehrschluss lobt die Bundeskanzlerin das eigene Staatsvolk: Dass «wir» ökonomisch gut dastehen, läge an «unserem» Fleiß.

3. «Wir zahlen den Griechen Luxusrenten»⁵

Faktenlage: Laut OECD lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter von Männern in Deutschland 2010 bei 61,5 Jahren, in Griechenland bei 61,9 Jahren. Die Griechen bezogen auch keineswegs «Luxusrenten»: Die griechische Durchschnittsrente betrug 55 Prozent des Durchschnitts der in der Euro-Zone gezahlten Renten. Im Jahr 2007 lag sie bei 617 Euro. Zwei Drittel der griechischen Rentner mussten bereits vor der Krise mit weniger als 600 Euro im Monat über die Runden kommen.

Einordnung: «Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland», sagte Kanzlerin Merkel Mitte Mai 2011. Zwar müssten die Bundeskanzlerin und auch die BILD um die wirkliche Lage der griechischen Rentner wissen. Doch für sie zählen die Fakten offensichtlich nichts. Gemäß ihrer Logik ist jedes Rentenjahr und jeder Renten-Euro ein Luxus in einem Land, das in der Krise steckt. Infolgedessen sahen die EU-Kredite eine massive Kürzung der griechischen Renten vor, die auch umgesetzt wurde. Ähnliches gilt für die staatlichen Ausgaben für Gesundheit und Arbeitslose.

4. «ein fettes Leben gemacht»

Faktenlage: Das Lohnniveau in Griechenland betrug 2010 nur 73 Prozent des Durchschnitts in der Euro-Zone. Die Arbeitskosten je Stunde lagen laut Eurostat bei 17,7 Euro in Griechenland und bei 29 Euro in Deutsch-

land. «Nach Angaben des gewerkschaftsnahen Instituts für Arbeit verdient ein Viertel aller griechischen Beschäftigten weniger als 750 Euro im Monat.»⁶ Lehrer zum Beispiel verdienten nach 15 Dienstjahren etwa 40 Prozent weniger als in Deutschland – und das war vor der Krise. Laut Eurostat war bereits damals ein Fünftel aller Griechen von Armut bedroht (heute ist es mehr als ein Viertel), 25 Prozent der Bevölkerung verfügten über keinen ausreichenden Wohnraum (im Vergleich dazu Deutschland: 7 Prozent). Zwar haben die griechischen Arbeitnehmer von 2000 bis 2010 Lohnsteigerungen von über 38 Prozent erkämpft. Doch reicher sind sie dadurch nicht geworden: Berücksichtigt man die Inflationsrate, so bleibt eine Reallohnsenkung von 1,6 Prozent.⁷

Einordnung: Beim Verweis auf hohe Löhne in Griechenland handelt es sich um eine «Krisenklärung», die den Faulheitsvorwurf um «Gefräßigkeit» ergänzt. Wie bei der «Faulheit» und bei den «Luxusrenten» wird versucht, scheinbar eingängige Alltagsweisheiten auf die große Ökonomie anzuwenden: Man muss hart arbeiten und sparsam sein, dann geht es schon. So kann man kleine Krisen deuten und auch die große: ««Man hätte einfach nur die schwäbische Hausfrau fragen sollen», riet Merkel. «Sie hätte uns eine Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.» Das sei der Kern der internationalen Krise.»⁸

Tatsächlich ist die Differenz zwischen Binnsweisheiten und Realität offensichtlich. So schafft «harte Arbeit» keinen Aufschwung, vielmehr zieht ein Aufschwung viele Arbeitsplätze nach sich. Zudem kann «Sparsamkeit» in den Ruin führen (so wie im Fall Griechenland, das seine Staatsausgaben nach 2010 um ein Fünftel kürzte, was die Wirtschaftsleistung abstürzen ließ). Neue Schulden wiederum sind nicht unbedingt etwas Schlechtes, da sie dabei helfen können, schwierige Zeiten zu überbrücken (so wie in Deutschland in der Re-

zession 2009, als höhere Staatsausgaben die Konjunktur stabilisierten).

5. «Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt»

Faktenlage: Die Regierung in Athen gab in den Jahren vor der Krise stets mehr aus, als sie einnahm. Zwischen 2000 und 2007 betrug ihr Budgetdefizit zwischen 4 und 7 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Einordnung: Griechenland ist kein Einzelfall. Nahezu jede Regierung der Welt «lebt über ihre Verhältnisse», sprich: Sie gibt mehr aus, als sie einnimmt. So rangierte das Budgetdefizit der Bundesregierung zwischen 2000 und 2007 zwischen 1,6 Prozent und 4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das Problem Griechenlands war nicht so sehr die Neuverschuldung als vielmehr die Tatsache, dass die Finanzmärkte irgendwann gegen Athen spekulierten und damit die Zinsen für Neukredite in unbezahlbare Höhe trieben. Dies kann auch einem Land ohne hohe Defizite widerfahren. Das zeigt das Beispiel Irland, das vor der Krise gar keine Defizite, sondern meist Überschüsse im Haushalt verzeichnete – dennoch fiel es den Finanzmärkten zum Opfer und musste von der EU und dem IWF mit 85 Milliarden Euro unterstützt werden.

«Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen [...] Weil wir von unserem Gehalt immer auch einen Teil für schlechte Zeiten sparen», behauptete 2010 die BILD.⁹ Hinsichtlich der staatlichen Verschuldung hat die BILD unrecht – auch die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit netto verschuldet und nicht «gespart». Gesamtwirtschaftlich gesehen ist hingegen etwas dran an der Behauptung: Den deutschen Staatsschulden von rund 2.000 Milliarden Euro steht in Deutschland ein Gesamtvermögen von etwa 7.400 Milliarden Euro gegenüber.¹⁰ Allerdings ist dies nicht «unser» Vermögen. Vielmehr ist es größtenteils in den Händen weniger Reicher konzentriert. Dem

Staat würde dieses Vermögen nur etwas nützen, wenn er Zugriff darauf bekäme – wenn er es also besteuert.¹¹ Doch das soll nicht geschehen: Die Vermögenssteuer wurde 1997 abgeschafft.

6. «Der griechische Staat war viel zu aufgebläht»

Faktenlage: Die sogenannte Staatsausgabenquote, welche die Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfasst, lag in Griechenland 2008 bei 48 Prozent, in Deutschland bei nur 44 Prozent.

Einordnung: Vor der Krise sah die Sache allerdings anders aus: Die griechische Staatsausgabenquote sank zwischen 2000 und 2006 von 47 Prozent auf 43 Prozent und lag in diesem Zeitraum stets unter der deutschen Quote.¹² Grund für den Rückgang war ein starkes Wirtschaftswachstum in diesen Jahren, das im Zuge der Finanzkrise einbrach.¹³ Für die «Aufblähung» der griechischen Staatsausgaben war also die Rezession verantwortlich, nicht hellenische Verschwendungssucht.

Nebenbei bemerkt: Schweden verzeichnet seit zehn Jahren eine Staatsausgabenquote zwischen 51 Prozent und 55 Prozent des BIP – und ist dennoch nicht pleite. Und noch ein Wort zum «aufgeblähten» Beamtenapparat: In Griechenland waren im Jahr 2010 laut OECD 7,9 Prozent aller Erwerbstätigen Beamte. Für Deutschland lag der Wert bei 9,6 Prozent und im Durchschnitt aller Industrieländer bei 15 Prozent.

Und: Vor der Krise entsprach der Betrag, den Griechenland für Sozialausgaben verwendete, 29 Prozent der Wirtschaftsleistung. Der Durchschnitt in der Euro-Zone lag bei über 30 Prozent.

7. «Griechenland war nicht wettbewerbsfähig»

Faktenlage: Das stimmt – wenn man den Außenhandel als Maßstab nimmt. Hier verbuchte Griechenland in den Jahren vor der Krise ein

hohes Defizit, das 2009 um die 14 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichte. Das heißt: Griechenland importierte mehr, als es exportierte. Als Grund hierfür wurden vor allem zu hohe Lohnsteigerungen genannt. Daher wurde seit 2010 das griechische Lohnniveau gesenkt, um das Land wieder konkurrenzfähig zu machen.

Einordnung: «Wettbewerbsfähigkeit» ist keine «Fähigkeit». Sie beschreibt ein Verhältnis. In der Tat sind die Lohnstückkosten in Griechenland zwischen 2000 und 2010 um fast 40 Prozent gestiegen.¹⁴ Ein Problem war dies aber nur, weil die Lohnstückkosten in anderen Ländern weniger stark gestiegen sind und die Unternehmen aus diesen Ländern daher einen Kostenvorteil auf dem Weltmarkt hatten. Europameister beim Lohnsparen war Deutschland. Dort stiegen die Lohnstückkosten dank bescheidener Tarifierhöhungen nur um 5 Prozent. Ergebnis waren hohe Exportüberschüsse für Deutschland und hohe Importüberschüsse für Länder wie Griechenland, Portugal, Irland oder Spanien. Der deutsche Erfolg war also nur das Spiegelbild des Misserfolgs in der Euro-Peripherie: ohne Defizite in Griechenland, Spanien, Portugal keine deutschen Überschüsse.¹⁵ Über seine Exportoffensive sanierte sich Deutschland also auf Kosten seiner Nachbarn.¹⁶

Deutschland habe eben «fitte Unternehmen, deren Produkte rund um den Globus gefragt sind», triumphierte die BILD.¹⁷ Das Sprachrohr der «kleinen Leute» sollte bei aller Freude aber nicht vergessen, dass der deutsche Exporterfolg mit der Armut der Arbeitenden bezahlt wurde: Da die Löhne sanken oder nur schwach stiegen, kam der private Konsum in Deutschland zehn Jahre lang kaum vom Fleck.¹⁸

Und noch eine Anmerkung: Das World Economic Forum definiert Wettbewerbsfähigkeit «als die Kombination aus Institutionen, Politiken und Faktoren, die das Produktivitätsniveau eines Landes determinieren [...] Das

Produktivitätsniveau determiniert auch die Renditen von Investitionen.»¹⁹ Das also ist der Maßstab, an dem sich alle Staaten messen: Wo lassen sich die höchsten Renditen erzielen? Es stellt sich doch die Frage, ob dies ein angemessener Maßstab ist, um den Menschen weltweit ein gutes Leben zu ermöglichen.

8. «Die Griechen sind korrupt»

Faktenlage: Tatsächlich sind Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in Griechenland stärker ausgeprägt als in anderen Ländern und «Korruption ist allgegenwärtig».²⁰ Der Anteil der Schattenwirtschaft wurde vor der Krise auf rund 25 Prozent der Wirtschaft geschätzt (zum Vergleich: Deutschland etwa 15 Prozent)²¹ und die Summe der hinterzogenen Steuern auf 20 Milliarden Euro pro Jahr.²² **Einordnung:** Steuerhinterziehung und Korruption sind unbestreitbar ein großes Problem für Griechenland.²³ Dazu fünf Anmerkungen: Erstens: Hinterzogene Steuern stellen eine Form der Umverteilung vom Staat zum privaten Sektor dar. Das Geld ist also nicht «weg». Insofern kann damit auch die griechische Krise nicht erklärt werden.

Zweitens macht auch in Deutschland der Staat den Firmen Milliardenengeschenke: Nur etwa die Hälfte der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird versteuert. Hier gibt es die größten Steuerrückstände. Grund: Allein in den Betriebsprüfungen fehlen Tausende von Beschäftigten. Ein Gutachten für das Bundesfinanzministerium kommt zu dem Ergebnis: Sechs Milliarden Euro Mehreinnahmen wären möglich.

Drittens war die Korruption vom Ausland geduldet: «Verantwortlich für die griechische Schlaperei war der damalige Ministerpräsident Kostas Karamanlis. Ein enger Verbündeter von Kanzlerin Merkel in der EU. Mit Hilfe des willigen Griechen gelang es Merkel verschiedentlich, die Front der Südländer bei

wichtigen EU-Entscheidungen aufzubrechen. Karamanlis war immer für einen Deal zu haben. Im Gegenzug musste der Grieche keine allzu kritischen Fragen zu seiner liederlichen Finanzpolitik fürchten. Dies schrieb der ehemalige Chefredakteur des *Handelsblattes*.²⁴ Viertens haben auch deutsche Konzerne von der Schmiergeld-Wirtschaft in Griechenland profitiert. «Seit dem Jahr 2008 wurde in mehreren juristischen Auseinandersetzungen dokumentiert, dass die deutschen Unternehmen Siemens, Ferrostaal-MAN und Deutsche Bahn AG in großem Maßstab in Griechenland Politiker einkauften und politische Entscheidungen zu ihren Gunsten (finanzierten). So (investierte) allein der Siemens-Konzern seit Mitte der 1990er Jahre und rund ein Jahrzehnt lang in Griechenland 15 Millionen Euro pro Jahr – um auf diese Weise Politiker der beiden wichtigen Parteien, Nea Dimokratia und PASOK, günstig zu stimmen.»²⁵

Fünftens: Dass das Korruptionsniveau in einem Land allein nicht ausschlaggebend ist, belegt der Korruptionsindex von Transparency International. Nach diesem Index war die Korruption in Griechenland (Rang 80 von 182 Staaten im Jahr 2011) zwar deutlich höher als in Deutschland (Rang 14). Gleichzeitig aber war sie kaum höher als im Wirtschaftswunderland China (Rang 75) und sogar geringer als in Boom-Staaten wie Indonesien oder Mexiko (beide Rang 100).

9. «Griechenland hat sich mit gefälschten Bilanzen in die Währungsunion gemogelt»²⁶

Faktenlage: Tatsächlich lag das griechische Haushaltsdefizit seit 1997 ständig oberhalb der von der EU erlaubten Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – auch während der Jahre 1997 bis 1999, die für die Zulassung des Landes zur Euro-Zone entscheidend waren. Dennoch durfte Griechenland dem Euro beitreten. «Die Nachsicht der Gemeinschaft rächt sich jetzt.»²⁷

Einordnung: Die «Schummelei» der griechischen Regierung wurde bereits 2004 bekannt und offiziell. «Wer behauptet, die Griechen hätten uns mit falschen Zahlen betrogen, der lügt. Das Zahlenwerk haben die angeblich Getäuschten in Wahrheit nie geglaubt», sagte CSU-Wirtschaftsexperte Georg Nüßlein.²⁸ Dennoch gab es weder einen Ausschluss des Landes aus der Währungsunion noch ein Vertragsverletzungsverfahren oder Sanktionen wie etwa Kürzungen der EU-Hilfen. Warum nicht?

Darüber können nur Vermutungen angestellt werden: So regierte ab 2004 Kostas Karamanlis in Griechenland, ein Vertrauter von Bundeskanzlerin Merkel (siehe Punkt 8). Zudem war es prinzipiell das Ziel der mächtigen EU-Staaten, möglichst viele Länder aufzunehmen, um der Währungsgemeinschaft ein größeres ökonomisches Gewicht zu verleihen – schließlich ist der Euro ein Konkurrenzprojekt zum Dollar, hinter dem mit den USA ein Viertel der Weltwirtschaftskraft steht. Darüber hinaus konnte somit die Euro-Zone in die geopolitisch wichtige Balkan-²⁹ und Nahostregion ausgedehnt werden. Damit mag zusammenhängen, dass der IWF und die EU den Rüstungs-etat Griechenlands beim Sparprogramm 2010 weitgehend ausklammerten. Dabei lag dieser – gemessen als Anteil am gesamten Haushalt – «zweieinhalb Mal höher als der deutsche und gut doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Seit den 1980er Jahren unterstützen insbesondere französische und deutsche Rüstungskonzerne und die Regierungen in Paris und Bonn respektive Berlin eine systematische Aufrüstung der Türkei und Griechenlands.»³⁰

10. «Grund der Krise waren Griechenlands zu hohe Schulden»

Faktenlage: Bedingt durch die Finanzkrise wuchsen Griechenlands Staatsschulden zwischen 2007 und 2009 von 107 Prozent der Wirtschaftsleistung auf 129 Prozent.

Einordnung: Die hohe Schuldenquote allein begründete nicht Griechenlands Probleme. «Bei der Schuldenquote gibt es nicht die «richtige» Höhe – weder in der Theorie noch in der Praxis.»³¹ Italien kam 2010 auf eine Schuldenquote von 120 Prozent, Japan kam 2014 auf 240 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Beide Staaten galten nicht als pleite, Griechenland aber schon. Wieso? Weil die Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit Griechenlands – und damit seine Anleihen – schlechter bewerteten. Dies trieb die Zinsen für neue Schulden so hoch, dass Athen kein neues Geld mehr leihen konnte.³² Zum Vergleich: Für zweijährige Staatsanleihen hätte Athen im Mai 2011 25 Prozent Zinsen zahlen müssen, Italien nur 3 Prozent und Japan gar nur 0,2 Prozent.³³ Das Problem waren also die von den Finanzmärkten hoch spekulierten Zinsen. Solange die Zinsen so hoch sind, kann Athen kein Geld mehr an den Märkten aufnehmen. Damit ist der Staat faktisch pleite und bleibt nur durch die Kredite der EU-Staaten weiterhin zahlungsfähig. Man sieht: Ob ein Land pleitegeht, ist am Ende eine politische Entscheidung.

Eine Anmerkung zur Geschichte der griechischen Schulden: Sie entstanden im Wesentlichen in der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre, als die Schuldenquote Athens zwischen 1980 und 1995 von 30 Prozent auf etwas über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung anstieg. Auf diesem Wert blieb sie – bis zur Krise 2009.

11. «Die Finanzmärkte fürchteten einen griechischen Staatsbankrott»

Faktenlage: An den Finanzmärkten stürzten griechische Anleihen 2010/11 ab. Spiegelbildlich stieg die Rendite dieser Anleihen.

Einordnung: Die Finanzmärkte «fürchten» gar nichts. Sie sind kein menschliches Wesen mit Gefühlen und Ängsten. Und sie sind auch keine objektive Instanz, die die Finanzlage eines Landes sachlich bewertet. Der Finanzmarkt ist nichts weiter als die Gesamtheit

der Anleger, die versuchen, mit Finanzinvestitionen möglichst viel Geld zu verdienen. Wer 2010/11 wirklich einen Staatsbankrott Griechenlands fürchtete, der hatte seine griechischen Staatspapiere längst verkauft. «Alle anderen hoff[t]en darauf, dass Hellas gerettet wird und sie riesige Zinsgewinne einstreichen können.»³⁴

12. «Deutsche Steuerzahler retten Griechenland»

Faktenlage: Mit dem ersten Hilfspaket von 2010 wurden Athen von öffentlichen Stellen (EU-Staaten, IWF, EU-Kommission) 110 Milliarden Euro an Unterstützung zugesagt. Das zweite Hilfspaket von 2012 beinhaltet 139 Milliarden Euro. Der deutsche Anteil betrug 2010 um die 22 Milliarden Euro, 2012 etwa 40 Milliarden Euro.

Einordnung: Erstens sind es nicht die viel zitierten Steuerzahler, die Griechenland «helfen». Das deutsche Geld für Athen nahm die Bundesregierung nicht aus dem Steueraufkommen, sondern sie borgte es sich für ein bis drei Prozent Zinsen und lieh es an die «Krisenstaaten» weiter – inklusive Strafzinsen. Das war ein gutes Geschäft für die deutschen «Steuerzahler»: Durch die Zinsdifferenz flossen dem Bund bis Ende 2011 mehr als 300 Millionen Euro zu. Und es werden noch mehr – vorausgesetzt allerdings, die «Krisenstaaten» können ihre Schulden begleichen. Zwar wurden die Zinsen für die Hilfskredite 2011 und 2012 gesenkt. Dennoch verdient der Bundesfinanzminister weiter an ihnen: «Deutschland finanziert die Hilfen weiterhin günstiger als sie an Griechenland ausgereicht werden», so Schäuble.³⁵ Allein für die bilateralen Kredite Deutschlands an Griechenland, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelt werden, konnte der Bund im Zeitraum 2010 bis 2014 Zinseinnahmen von insgesamt rund 360 Millionen Euro verzeichnen. Für die kommenden Jahre erwartet die Bundesregierung aus diesen Krediten zwar nur

noch «geringfügige» Einnahmen für den Bundeshaushalt, aber immerhin noch 20 Millionen Euro jährlich. Insofern hat die BILD recht, wenn sie titelt: «Ihr griecht nix von uns!»³⁶ Es ist umgekehrt: Per Saldo zahlte Griechenland an Deutschland.

Zweitens sollten diese Milliarden nicht Griechenland «retten». Ihr erster Zweck war, den Hauptgläubigern Athens – vor allem Frankreichs und Deutschlands Banken – Verluste zu ersparen, die im Falle einer Staatspleite gedroht hätten. Zweitens «dienten die Notmaßnahmen insgesamt der Sicherung der Stabilität in der Euro-Zone», so das Bundes-

finanzministerium.³⁷ Explizit formulierte dies die Euro-Gruppe auch beim Beschluss zur Gründung des permanenten Euro-Schutzschirmes ESM im März 2011: «Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, etablieren einen Stabilitätsmechanismus, der aktiviert wird, wenn dies unausweichlich ist, um die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes zu sichern.» Das bedeutet: Die Kredite sollen nicht überschuldete Euro-Länder retten, sondern den Rest der Euro-Zone vor den Folgen ihrer Überschuldung. Es ist ein Schutz der Gläubiger vor den Schuldnern.

War Griechenland ein Opfer der Spekulanten?

Faktenlage: Griechenland hatte vor der Krise zwar hohe Schulden. Doch war diese Verschuldung tragbar. Die Zinslastquote – also der Anteil der Zinszahlungen an der Wirtschaftsleistung – betrug 2008 rund 4,3 Prozent. Zehn Jahre zuvor waren es noch fast 8 Prozent. Die Zahlungsunfähigkeit drohte Athen erst, seitdem die Finanzmärkte Ende 2009 griechische Anleihen fallen ließen, was für Athen neue Kredite unbezahlbar machte. Insofern ist Athen ein «Opfer der Märkte».

Einordnung: Häufig wird behauptet, Griechenland sei «selbst schuld» an seiner Krise. Seine Wirtschaft sei marode, die Regierungen der letzten Jahrzehnte wäre verschwenderisch gewesen, die Gesellschaft korrupt und die Bevölkerung faul. Die Krise sei insofern eine notwendige Konsequenz der wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten des Landes. Dies trifft jedoch nicht zu. Denn erstens war die Lage Griechenlands gar nicht so desolat, wie häufig behauptet wird. Dies sollten die oben genannten Argumente zeigen. Zweitens übersieht die

«Selbst-schuld-Hypothese» einen wichtigen Punkt: Ob ein Land nur verschuldet oder überschuldet ist, hängt von der Bewertung der Finanzmärkte ab, also vom «Vertrauen» der Kreditgeber in die künftige Schuldenbedienungsfähigkeit eines Landes. Diese Bewertung bezieht sich auf die Zukunft. Sie ist eine subjektive Erwartung – und insofern nie identisch mit der objektiven Lage eines Landes. Eine Vertrauenskrise ist daher nie etwas Zwangsläufiges, sondern eine Entscheidung der Finanzmärkte.

Dass die Anleger irgendwann gegen Griechenland spekulierten, war demnach nicht unausweichlich. Andererseits war dies auch kein bloßer Zufall. Warum? Die Geldanleger reagierten im Jahr 2009 sehr nervös. Weltweit hatten Staaten im Zuge von Krise und Bankenrettungen hohe Schulden angehäuft. Gleichzeitig war die Geschäftslage der Banken weiter prekär. Dies minderte ihren Risikoappetit, sie suchten nach Sicherheit. Es tauchte bei Anlegern daher die Frage auf: Wo ist unser Geld sicher? Welches Land ist eigentlich

noch kreditwürdig? Bei diesem kritischen Ländervergleich schnitt Griechenland 2009 am schlechtesten ab. Seine Wirtschaft schrumpfte. Bereits 2008 hatte es ein hohes Haushaltsdefizit von 8 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2009 waren es fast 17 Prozent – der schlechteste Wert in der industrialisierten Welt.

Zudem hatte Griechenland nicht nur hohe Gesamtschulden, sondern auch die gefährlichste Schuldenstruktur. Erstens: Rund ein Drittel seiner Schulden bestand aus Krediten mit flexiblen Zinsen. Sprich: Die Zinsen, die Athen auf diese Kredite zu zahlen hatte, konnten jederzeit erhöht werden. Zweitens: Rund 70 Prozent der Gläubiger Athens kamen aus dem Ausland – konnten ihr Geld also jederzeit ab-

ziehen. Gleichzeitig hatte Griechenland ein hohes Defizit im Außenhandel, war also permanent auf Kredite aus dem Ausland angewiesen, um dieses Defizit zu finanzieren. Und drittens: Den Schulden Athens standen nur wenige Forderungen gegenüber. Sprich: Die griechische Regierung hatte viel Kredit genommen, aber wenig vergeben. Die Netto-Staatsschulden (Schulden minus Forderungen) betrugen 2010 etwa 115 Prozent der Wirtschaftsleistung und waren damit so hoch wie die Japans. Insofern kann man sagen: Die Spekulation gegen Griechenland war nicht zwangsläufig – aber eben auch kein bloßer Zufall. Sie war die Folge einer Neubewertung der Kreditgeber vor dem Hintergrund einer globalen Finanzkrise.

1 Zit. nach: Passauer Neue Presse, 24.3.2010. 2 Handelsblatt, 2.5.2010. 3 Natisis, Flash Economics, 30.5.2011. 4 BILD, 5.3.2010. 5 BILD, 27.4.2010. 6 Frankfurter Rundschau, 25.7.2010. 7 Infoportal, Deutschland & Globalisierung, Wochenbrief, 23.2.2012. 8 Focus-online, 1.12.2008. 9 BILD, 5.3.2010. 10 DIW Wochenbericht 50/2010. 11 Dies gilt auch für Griechenland: Dort stand 2010 einer Pro-Kopf-Staatsverschuldung von 24.280 Euro ein Privatvermögen von 56.937 Euro pro Kopf gegenüber (Credit Suisse Global Wealth Databook 2010). 12 Michael Schlecht: Der Euro brennt. Positionspapier vom 21.5.2010. 13 Aufgrund dieses Wachstums stellten auch die hohen Staatsschulden Griechenlands kein Problem dar. Vgl. www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Argument_110_Generationenbilanz_int_2010_05.pdf. 14 Commerzbank Research Note: Euro-Peripherie vor der Lohnrevolution?, 1.4.2011. 15 Zwischen 2000 und 2009 erzielte Deutschland im Handel mit Griechenland, Portugal, Spanien und Italien einen Leistungsbilanzüberschuss von fast 500 Milliarden Euro. 16 Die BILD sieht das anders: «Wir haben die Zeche gezahlt – während andere auf unsere Kosten schamlos Party feiern» (BILD, 10.5.2010). 17 BILD, 5.3.2011. 18 Ausführlich dazu: Michael Schlecht: Der Euro brennt. Positionspapier vom 21.5.2010. Oder IMK Report 60/2011: Deutsche Arbeitskosten und Lohnstückkosten im europäischen Vergleich – Auswirkungen der Krise, unter: www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_60_2011.pdf. 19 WEF Competitiveness Report 2010. 20 Spiegel-online, 10.3.2010. 21 Pressemitteilung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) vom 26.1.2010. 22 Der Standard, 11.2.2010. 23 Aber nicht nur für Griechenland: «Die Dänen schulden ihrem Staat umgerechnet 9,8 Milliarden Euro. Das entspricht rund einem Viertel der jährlich in Dänemark gezahlten Einkommensteuer» (Financial Times Deutschland, 1.2.2012). 24 Michael Schlecht: Der Euro brennt. Positionspapier

vom 21.5.2010. 25 Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung. Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland vom 7.5.2010, unter: www.attac-netzwerk.de/?id=256. 26 Le Figaro, 2.11.2011. 27 Börse Online, 7.1.2010. 28 Berliner Zeitung, 23.6.2011. 29 Die Bundesregierung stimmte dem Euro-Beitritt Griechenlands ein Jahr nach dem Kosovo-Krieg zu – ein Krieg, den die griechische Bevölkerung mehrheitlich ablehnte. 30 Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung. Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland vom 7.5.2010, unter: www.attac-netzwerk.de/?id=256. 31 BHF-Bank Wirtschaftsdienst, 4.6.2011. 32 Ein stark vereinfachtes Beispiel dazu, wie das funktioniert: Griechenland borgt sich über eine Anleihe eine Million Euro zu einem festen Zins von jährlich 5 Prozent (= 50.000 Euro). Die Anleihe wird anschließend an der Börse gehandelt und stürzt ab. Ihr Preis fällt von einer Million Euro auf 500.000 Euro. Der Zins von 5 Prozent (= 50.000 Euro) bleibt jedoch der gleiche. Ergo hat die Anleihe für den Käufer nun eine Rendite von 10 Prozent (50.000 Euro von 500.000 Euro). Will Athen nun eine neue Anleihe begeben, orientiert sich der Zins, den die griechische Regierung zahlen muss, an der Rendite der alten Anleihe. Um sich frisches Geld zu borgen, muss Griechenland den Anlegern also einen Zins von 10 Prozent bieten. 33 Im Juli 2011 sprang die Rendite für zweijährige Anleihen Italiens plötzlich auf über 4,5 Prozent, die für zehnjährige auf über 6 Prozent – ohne dass sich an der ökonomischen Situation Italiens etwas grundlegend geändert hatte. Ein weiterer Beleg dafür, wie schnell die Spekulation ihre Richtung ändern kann. 34 Berliner Zeitung, 27.4.2010. 35 Brief von Wolfgang Schäuble an die Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 23.2.2012. 36 BILD, 5.3.2010. 37 Antrag des Bundesministeriums der Finanzen zur Billigung der Finanzhilfen für Griechenland durch den Bundestag vom 23.2.2012.

TEIL III: DER WENDEPUNKT 2011 – «EURO-RETTUNG» UND EIN NEUES PROGRAMM FÜR EUROPA

Der Versuch, Griechenland die Schuld an seiner Krise zuzuschieben und das Land als Einzelfall zu brandmarken, scheiterte im Verlauf der Jahre 2010 und 2011. Zum einen führten die mit den Krediten verbundenen Spar- und Reformauflagen Griechenland immer tiefer in die Krise, anstatt sie zu beheben. Zum anderen wurde immer deutlicher, dass das Schuldenproblem gar kein exklusiv griechisches ist. In allen Industriestaaten hatte die Finanzkrise ab 2008 die Schulden massiv erhöht. Nach Griechenland gerieten daher auch Länder wie Irland, Portugal, Spanien und Italien ins Visier der Finanzmärkte. Auch für diese Staaten stiegen die Zinsen, auch dort drohten Staatspleiten. Die Euro-Zone legte immer neue Rettungsprogramme auf. Doch die Krise schritt voran, die Euro-Zone drohte zu implodieren. Daher entschieden sich die Euro-Staaten unter Führung der deutschen und französischen Regierung für einen umfassenderen Lösungsansatz. Ende Oktober 2011 präsentierten sie ihre Strategie, die in den folgenden Monaten umgesetzt wurde. Sie fußte – neben neuen Krediten und einem Schuldenschnitt für Griechenland – im Wesentlichen auf zwei Elementen, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Mitgliedern des Bundestages in einem Brief so darstellte:

- «Eine effiziente Nutzung des temporären Rettungsschirms, um Ansteckungseffekte im Keim ersticken zu können.»
- «Ein klares Bekenntnis potenziell von Finanzierungsproblemen gefährdeter Staaten, dass sie die notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreifen» werden.

Das Ergebnis ist ein neuer finanz- und wirtschaftspolitischer Rahmen für die EU. Was als Programm zur Euro-Rettung begann, ist

zu einem dauerhaften Anspruch an die Staaten geworden, zu sparen und «wettbewerbsfähiger» zu werden – zum Wohle der Investoren, auf Kosten der Bevölkerungen. Ein Programm, gegen das sich Syriza wendet (siehe Teil I).

Erster Schritt: EFSF, ESM und EZB – eine Brandmauer um die Euro-Krisenstaaten

Beschluss: Europa hat einen permanenten Rettungsschirm erhalten. Im ersten Schritt wurde der EFSF vergrößert.¹ Konnte er bei seiner Gründung 2010 noch 250 Milliarden Euro ausleihen, so wurde dieser Betrag im Oktober 2011 auf 440 Milliarden Euro erhöht. Dies sollte das Vertrauen der Finanzmärkte in die Euro-Zone stärken. Denn mit dem EFSF können Länder finanziert werden, die das Vertrauen der Märkte verlieren und daher von ihnen keine Kredite zu bezahlbaren Zinsen mehr bekommen. Der EFSF und seit Mitte 2012 der ESM garantieren den Kreditgebern also dauerhaft die Bedienung ihrer Forderungen an Staaten der Euro-Zone.

Einordnung: Trotz ihrer Vergrößerung galten EFSF und auch ESM als zu klein, um bei einer Ausweitung der Krise große Euro-Staaten auffangen zu können. Daher erreichten sie ihr Ziel nicht: dem Finanzmarkt die Sicherheit zu geben, dass Euro-Staaten stets zahlungsfähig bleiben, auch wenn genau dieser Finanzmarkt gegen sie spekuliert und neue Kredite verweigert. Gleichzeitig aber weigerten sich einige Euro-Länder, wie Deutschland, dem Euro-Rettungsschirm mehr Geld zuzuweisen, mit dem Argument, dies sei zu teuer.

Dieser Widerspruch machte den Euro-Rettungsschirm selbst unglaublich. In der Folge flammte die Euro-Krise 2011/12 neu auf,

die Finanzmärkte spekulierten gegen Italien und Spanien, da klar war, dass der Euro-Rettungsschirm nicht ausreichen würde, um so große Länder zu finanzieren. Beruhigt wurde die Lage im Verlauf des Jahres 2012 allerdings durch die EZB: Sie kündigte an, notfalls unbegrenzt Anleihen von jenen Staaten zu kaufen und damit zu stützen, die ein Hilfsprogramm mit dem ESM vereinbarten. Dieses Outright Monetary Transactions (OMT) genannte Auffangnetz der EZB existiert nun dauerhaft und ergänzt den ESM. Das sorgte für Entspannung an den Märkten. Denn die EZB kann Geld drucken, sie ist ein potenter Garant für den Wert der Euro-Staatsanleihen. Dennoch bleibt der Widerspruch bestehen: Auch wenn die EZB in einer akuten Krise Anleihen von Spanien oder Italien aufkauft, so bleibt unsicher, ob sie für ihr frisch gedrucktes Geld nur wertlose Papiere erhält. Sprich: EZB und ESM können Krisenstaaten nur weitere Kredite geben, aber nicht garantieren, dass ein Staat seine Schulden auch bedienen kann.

Euro-Rettungsschirm und EZB-Käufe lösen also nicht das Glaubwürdigkeits- und Schuldenproblem der Euro-Zone, sondern erweitern es. Daher beschlossen die Staaten in einem dritten Schritt weitreichende Maßnahmen, um ihre Kreditwürdigkeit wieder herzustellen: Sparbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

Zweiter Schritt: Dauerhafte Stabilität durch Schuldenbremse und Lohnsenkung

Um die Finanzmärkte dauerhaft zu beruhigen, kam es zu einem klaren «Bekenntnis potenziell von Finanzierungsproblemen gefährdeter Staaten, dass sie die notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreifen» werden.² Das «potenziell» in diesem Zitat ist bedeutsam. Denn «potenziell» von Finanzierungsproblemen betroffen sind letztlich alle Staaten der Euro-Zone. Kein Land kann sich daher den geforderten Maßnahmen entziehen.

1. Die «finanzpolitischen Maßnahmen»: Gesetze zum Sparen

Beschlüsse: Die meisten EU-Staaten haben sich mit der Zustimmung zum Fiskalpakt quasi verboten, künftig in größerem Umfang Schulden aufzunehmen. Wer den Fiskalpakt ablehnt, erhält keine Kredite aus dem Euro-Rettungsschirm.

Erstes Gesetz: eine «Schuldenbremse». Nach deutschem Vorbild soll in die nationalen Verfassungen aller Länder der Euro-Zone das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts aufgenommen werden. Das sogenannte strukturelle – also das langfristige, durchschnittliche, um Konjunkturschwankungen bereinigte – Haushaltsdefizit darf seit 2014 nicht über 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen. Angestrebt wird sogar ein Haushaltsüberschuss, sprich: Die Staaten sollen sich gar nicht mehr verschulden. Im Falle von Verstößen gegen diese Vorgabe soll ein automatischer Korrekturmechanismus greifen, bei dem «Schuldensünder» der EU-Kommission ihre Pläne zur Besserung vorlegen müssen.

Zweites Gesetz: ein verschärfter Euro-Stabilitätspakt. Liegt in einem Jahr das aktuelle (nicht das strukturelle) Haushaltsdefizit eines EU-Landes über 3 Prozent der Wirtschaftsleistung, soll dies in Zukunft automatisch Konsequenzen nach sich ziehen, zum Beispiel Strafzahlungen.

Einordnung: Bei der «Schuldenbremse» gibt es ein technisches Problem: Wie hoch ist das strukturelle Defizit überhaupt? Welcher Teil eines Defizits ist der Konjunktur geschuldet und welcher nicht? Das lässt sich nicht sauber kalkulieren. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigt in einer Untersuchung nicht weniger als 70 unterschiedliche Varianten auf, ein strukturelles Defizit zu berechnen.³ Hier gibt es also viel Raum für Manipulationen.

Das eigentliche Problem von festen Vorgaben für Haushaltsdefizite eines Staates aber liegt im Maßstab. Denn anders als ihre Ausgaben

hat eine Regierung ihr Defizit nicht unter Kontrolle. Beispiel Griechenland: Zwischen 2009 und 2011 kürzte der griechische Staat seine Ausgaben⁴ um rund 17 Prozent (auf Deutschland übertragen, wären das rund 180 Milliarden Euro gewesen). Zudem wurden die Steuern erhöht. Dennoch konnte das Defizit im Jahr 2011 nicht gesenkt werden. Der Grund hierfür: Das Sparprogramm ließ Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen einbrechen. Damit wuchs das Haushaltsdefizit (also die Neuverschuldung in Prozent der Wirtschaftsleistung) immer weiter. Künftig muss ein derartiger «Defizitsünder» nun auch noch Strafen zahlen, was seine Finanzsituation sicherlich nicht verbessern dürfte.

Die aufgestellten Defizitregeln werden also auf Dauer nicht funktionieren. Dennoch bestand die Bundesregierung auf der Einführung von «Schuldenbremsen» und verschärften Sparanforderungen. Denn diese Bremsen sind ein politisches Bekenntnis zu «stabilen» Staatsfinanzen. Mit diesem Bekenntnis sollen Euro-Staatsanleihen zu unhinterfragbar vertrauenswürdigen Finanzanlagen gemacht werden. Zudem erhält die Stabilität von Euro-Staatsschulden – also die Stabilität der Vermögen der Finanzanleger, die diese Anleihen halten – Verfassungsrang und damit auch die Aufgabe, das «Vertrauen» der Anleger zu bewahren. Deshalb kann in Zukunft auch jede Kürzung von Sozialleistungen mit Verweis auf die Verfassung begründet werden. So wird etwaiger Protest mundtot gemacht.

Die Begrenzung der Staatsausgaben ist das eine. Doch weiß die Politik auch: Ohne entsprechendes Wirtschaftswachstum gibt es

keine Stabilität der Staatsschulden. Wo aber soll das erforderliche Wachstum herkommen? Die Politik setzt hier ganz auf Maßnahmen zur Erhöhung der internationalen «Wettbewerbsfähigkeit».

2. Die «wirtschaftspolitischen Maßnahmen»: Gesetze zur Lohnsenkung

Beschlüsse: Im Zuge der «makroökonomischen Überwachung» und des «Europäischen Semesters» prüft die EU-Kommission jedes Jahr die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte der Mitgliedsstaaten – vor allem die Außenhandelsdefizite, also ob Länder mehr importieren, als sie exportieren. Bei großen Außenhandelsdefiziten macht die Kommission Vorschläge für Reformen, die umzusetzen sind.⁵ Andernfalls wird ein Verfahren wegen übermäßigen Ungleichgewichtes eingeleitet.⁶ Bewertet werden in dem Überwachungsverfahren zum Beispiel die Arbeitsmärkte, die Exportanteile, die Entwicklung der Produktivität, die Wachstumsaussichten und die Profitabilität der nationalen Unternehmen. Ziel ist es, durch verstärkte Kontrollen und Reformen Europas internationale «Wettbewerbsfähigkeit» zu stärken.

Einige «Krisenstaaten» insbesondere in Südeuropa haben unter dem Druck der Finanzmärkte und der EU in den vergangenen Jahren ihre Wirtschaften umgebaut. Die beschlossenen und angekündigten Reformen orientieren sich an der «Agenda 2010» der rot-grünen Bundesregierung und beinhalten vor allem eins: die Senkung der Lohnstückkosten, also der Lohnkosten pro produzierter Einheit. «Deutsche Reformerfolge sind die

Die Begrenzung der Staatsausgaben ist das eine. Doch weiß die Politik auch: Ohne entsprechendes Wirtschaftswachstum gibt es keine Stabilität der Staatsschulden. Wo aber soll das erforderliche Wachstum herkommen? Die Politik setzt hier ganz auf Maßnahmen zur Erhöhung der internationalen «Wettbewerbsfähigkeit».

Blaupause für Europa», so Unicredit-Volkswirt Andreas Rees.⁷ Zentrales Anliegen der Regierungen wie auch der Finanzmärkte ist dabei die Schwächung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften. «Das EU-Krisenmanagement höhlt die Flächentarifverträge aus und erzwingt einen Systemwechsel in den Arbeitsverhältnissen.»⁸

Beispiel Griechenland: Kollektive Lohnverhandlungen verlieren an Verbindlichkeit. Tarife werden vor allem auf Unternehmensebene oder direkt zwischen dem einzelnen Arbeitnehmer und Unternehmen ausgehandelt. Als untere Lohngrenze existiert nur noch der Mindestlohn, der um 20 Prozent gesenkt wurde. Das macht die Beschäftigten erpressbar und hat das Lohnniveau massiv gedrückt. Fast 60 Prozent der Arbeitnehmer im privaten Sektor verdienen weniger als 800 Euro im Monat. Die Erhöhung des Rentenalters spart dem Staat nicht nur Pensionszahlungen, sondern lässt auch die Zahl der Bewerber auf dem Arbeitsmarkt steigen. Dies facht die Konkurrenz der Lohnabhängigen um Arbeitsplätze weiter an.

Beispiel Spanien: Mit der Reform vom Februar 2012 fand in Spanien eine «Revolution am Arbeitsmarkt»⁹ statt. Es wurden Abfindungszahlungen für Entlassene mit einer Obergrenze versehen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten und bei Umstrukturierungen können Unternehmen nun ohne Zustimmung der Gewerkschaften die Löhne senken und die Arbeitszeiten verändern. In kleinen und mittleren Unternehmen – die 99 Prozent der spanischen Wirtschaft ausmachen – wurde ein neuer Arbeitsvertrag eingeführt, der für alle Neuangestellten eine Probezeit von einem Jahr vorsieht. Das Rentenalter ist erhöht worden. Die geplante Erhöhung des Mindestlohns wurde gestrichen.

Beispiel Italien: Unternehmen wird erlaubt, weniger Lohn zu zahlen, als der Tarifvertrag vorsieht. Kleine Betriebe müssen zukünftig weniger Sozialabgaben zahlen. Lohnverhandlungen

sollen stärker auf die Unternehmensebene verlagert werden, um die Lohnentwicklung zu bremsen. Das Rentenalter wird angehoben. Der Kündigungsschutz wurde gelockert, um die Gewerkschaften zu schwächen, und Abfindungszahlungen wurden gedeckelt. All dies dient dazu, den «italienischen Unternehmen das Wirtschaften zu erleichtern und mehr ausländische Investoren anzulocken».¹⁰

Beispiel Portugal: Wie in den anderen Ländern bremsen Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst von bis zu 30 Prozent die Lohnentwicklung im Privatsektor. Vier Feiertage und drei Urlaubstage entfallen. Entlassungen wurden vereinfacht und Abfindungszahlungen gesenkt. Unternehmen dürfen von Tarifverträgen abweichen und weniger Lohn zahlen. Durch niedrigere Überstundenzuschläge und flexiblere Arbeitszeitregelungen soll der Einsatz von Arbeitskräften flexibilisiert und dadurch verbilligt werden.

Beispiel Frankreich: Unternehmen können in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für maximal zwei Jahre ihre Löhne senken oder die Arbeitszeit erhöhen. Restrukturierungen von Unternehmen sind «vereinfacht» worden, sprich: Entlassungen sind billiger geworden. Die EU-Kommission fordert von der Regierung weitere tief greifende Reformen des Arbeitsmarkts im Gegenzug für die Erlaubnis, in den nächsten Jahren mehr neue Schulden zu machen als ursprünglich geplant.

Einordnung: Durch diese Maßnahmen soll die Produktion rentabler und sollen die Exporte gesteigert werden. Das Ziel ist simpel: eine Erhöhung der Gewinnspannen der Unternehmen,¹¹ die gleichzeitig durch Steuernachlässe unterstützt werden. Einnahmeausfälle kompensieren alle Staaten über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – also über eine Verteuerung des Konsums der privaten Haushalte. Die relative Verarmung der Menschen ist für die Politik damit nicht länger ein vorgefundener Fakt, sondern ein Zustand, der erst herzustellen ist. Es handelt sich um einen breit angelegten An-

griff auf Arbeitnehmerrechte – Rechte, die früher einmal hart erkämpft werden mussten und nicht so bald wiederkehren werden. Denn die «Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit» ist erstens auf Dauer angelegt. Zweitens: Wettbewerbsfähigkeit ist eine Relation. Lohnsenkungen in einem Land erhöhen seine Wettbewerbsfähigkeit – und mindern die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder, die mit neuen «Reformen» nachziehen müssen, um ihre Position zu halten. Es ist ein Wettlauf nach unten.¹² Und der ist gewollt: «Wenn sich die Euro-Länder bei ihrer Wettbewerbsfähigkeit irgendwo beim Mittelwert treffen, wird Europa in der Welt nicht bestehen», so Bundeskanzlerin Merkel.¹³

Fazit: Was die «Euro-Rettung» rettet

So sieht sie also aus, die «Rettung» der Euro-Zone und damit des Euro vor dem Misstrauen der Finanzmärkte: Für Länder wie Griechenland, Irland und Portugal wird die Bedienung der Schulden zur obersten Staatsaufgabe. Sie müssen sparen, und große Teile ihrer Bevölkerung verarmen, im Dienste der Kreditwürdigkeit Europas. Damit sie das schaffen, erhalten sie milliardenschwere Garantien und Kredite von den Euro-Staaten – Kredite, die sie zurückzahlen müssen.

Bei den anderen Staaten soll Finanzstabilität als quasi automatisches Ergebnis von strikten Haushaltsregeln entstehen, nach dem Motto: Die Regierungen müssen nur sparen wollen, dann geht das schon. Die Haushaltsregeln sollen garantieren, dass Euro-Staatsschulden künftig das Vertrauen der Finanzmärkte genießen, dass sie also erstklassige Geldanlagen sind, die die Rendite der Finanzanleger sichern. Die vorgeschriebenen Sparorgien belasten zwangsläufig die inländische Nachfrage. Als Ausgleich sollen Europas Staaten ganz auf den Export setzen, den sie wiederum mit «wachstumsförderlichen» Reformen unter-

stützen müssen: mit der Aufweichung des Kündigungsschutzes, der Erhöhung des Rentenalters, der Senkung des Mindestlohns und der Schwächung der Tarifautonomie und der Gewerkschaften – alles im Dienste sinkender Lohnstückkosten und der Kreditwürdigkeit Europas.¹⁴ Deutsche Konzernvertreter finden das gut: «Jetzt muss es darum gehen, über Wettbewerbs-

fähigkeit und private Investitionen wieder zu Wachstum zu gelangen», so der Bundesverband der Deutschen Industrie.¹⁵

«Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt», heißt es immer wieder. Die Maßnahmen zur «Rettung des Euro» machen klar, wer nun sparen muss: Rentner, Kranke und Arbeitslose. Die Arbeitskraft muss grundsätzlich billiger werden. Unternehmen dagegen sollen mehr verdienen, und der Staat soll mehr einnehmen, um kreditwürdig zu bleiben. Denn die Regierungen brauchen immer mehr Kredite zur Bedienung ihrer alten Schulden, und das bedeutet, die Finanzvermögen der Anleger zu sichern. So nimmt die EU 2010 ihr Offensiv-Programm wieder auf, Europa bis zum Jahr 2020 zur «wettbewerbsfähigsten Region der Welt» zu machen.

Auf diese Weise soll die Stabilität der Euro-Staatsschulden für das Finanzkapital garantiert werden. Dass die Finanzvermögen sich verwerten, dafür haften die Arbeitnehmer per Lohnsenkung und steigender Produktivität – also über ihre relative Verarmung. Beschwerden sollen sich die Opfer der «Euro-Rettung» dann bei den «faulen Griechen» und den «verschwenderischen Italienern» oder den «reformunwilligen Franzosen». Man kann es auch so ausdrücken: Eine Entwertung des Finanzkapitals wird verhindert durch eine Entwertung der Arbeitskraft. Dass damit «unser Euro» gerettet werden soll, zeigt: Der Euro ist der allgemeine Reichtum in Europa. Aber eben kein gemeinsamer.

**Es ist ein Wettlauf
nach unten. Und der
ist gewollt.**

1 Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ist eine Gesellschaft nach Luxemburger Recht. Hinter ihr stehen als Bürgen die Euro-Staaten. Dank dieser Bürgschaft kann sich der EFSF an den Finanzmärkten zu niedrigen Zinsen Geld leihen. Dieses Geld leiht er gegen Zinsaufschlag weiter an gefährdete Euro-Staaten. Seit Mitte 2012 ist der dauerhafte Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) einsatzbereit. In den ESM zahlen die Mitgliedstaaten 80 Milliarden Euro als Grundkapital ein, sie stehen dem ESM unmittelbar zur Verfügung. Dazu kommen 420 Milliarden Euro an Kreditgarantien der Staaten. **2** So der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble in einem Schreiben zu den Ergebnissen des EU-Gipfels am 26. Oktober 2011. **3** IMK Working Paper, Nr. 88, Januar 2012, unter: www.boeckler.de/imk_5279.htm?produkt=HBS-005162&chunk=1&jahr=. **4** Nicht einberechnet sind hier die Ausgaben für Zinsen, die die griechische Regierung nicht beeinflussen kann. **5** Im umgekehrten Fall – wenn ein Land Exportüberschüsse verzeichnet – bleibt es ungeschoren. So auch Deutschland. Vgl. www.ftd.de/politik/europa/wirtschaftliche-un-

gleichgewichte-bruessel-vertuscht-deutsche-suenden/60168919.html. **6** Deutsche Bank, Aktueller Kommentar, 17.2.2012. **7** Frankfurter Rundschau, 17.11.2011. **8** Müller, Torsten: Europas Angriff auf die Tarifpolitik, in: IPG-Journal, 18.12.2014, unter: www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/gewerkschaften-in-europa/artikel/detail/europas-angriff-auf-die-tarifpolitik-693/. **9** Commerzbank, Economics aktuell, 13.2.2012. **10** Commerzbank, Economic Insight, 23.1.2012. **11** Natixis, Flash Economics, 31.1.2012. Die Bank rechnete dankenswerterweise gleich aus, um wie viel die Lohnstückkosten sinken müssten, damit ein Land mit Deutschland konkurrieren kann. Das Ergebnis: in Italien um 50 Prozent, in Frankreich um 30 Prozent. **12** «Heute werden die Griechen verarmt, morgen seid ihr dran!» (Plakat in Berlin-Kreuzberg). **13** Zit. nach Spiegel-online, 25.1.2012. **14** «Über Reformen am Arbeitsmarkt und Abbau der Bürokratie wird Europa seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern», so warb Kanzlerin Merkel im Februar 2012 für eine Beteiligung Chinas am Euro-Rettungsschirm EFSF (Focus-online, 2.2.2012). **15** Pressemitteilung des BDI vom 9.12.2011.

Ergänzte und aktualisierte Weiterführung der luxemburg argumente Nr. 2
 «Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt.» Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise»

Impressum

MATERIALIEN Nr. 7

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: April 2015

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Fünf Jahre «Griechenland-Rettung»: Im Frühjahr 2010 bewahrten die EU-Staaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) die griechische Regierung vor der Zahlungsunfähigkeit. Fünf Jahre und zwei Kreditprogramme später ist Griechenlands Wirtschaft ruiniert, die Bevölkerung verarmt und der Staat weiter zahlungsunfähig.